

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Hütestraße Nr. 16b.
Telephonruf Nr. 3882.

Zusatz
für die sechsgespaltene Colonne oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **170300** EXEMPLAREN
erscheint diese Ztg.

Die gewerbliche Berufsbildung und das private Lehrlingswesen.

Es ist wieder die Zeit da, da Hunderttausende junger Leute im Alter von 13 und 14 Jahren die Volksschule verlassen, um ins praktische Leben einzutreten. Dabei handelt es sich in der Hauptsache um die Kinder von Arbeitern, Handwerkern, kleinen Geschäftsleuten und Beamten, von Bauern u. s. w. Die Kinder der Reichen machen einen anderen Lebensweg. Sie studieren, besuchen also die Gymnasien, Techniken und Polytechniken, Seminarien, Universitäten, um später die schönsten, angenehmsten und bestbezahlten öffentlichen und privaten Stellen besetzen zu können.

Von der großen Armee der Proletariatskinder nehmen viele als „jugendliche Arbeiter“ in Fabriken, Werkstätten u. Arbeit, um sofort einen, wenn auch noch so kleinen Lohn verdienen und den armen Eltern abliefern zu können. Diese Kinder sind Proletarier und sie lernen geradezu, für ihr ganzes Leben Proletarier zu sein, indem sie sich keinerlei Berufsbildung aneignen und daher dazu verdammt sind, stets die unangenehmsten, anstrengendsten und schlechtestbezahlten Arbeiten verrichten und auf der niedrigsten wirtschaftlichen und sozialen Stufe verbleiben zu müssen. Sie tragen, so lange sie leben, den Fluch der Armut, sie leiden schwer darunter und werden nie ihres Lebens froh. Es wäre Pflicht der Gesamtheit, der Gemeinde und des Staats, hier einzugreifen und diesen Ärmsten eine ordentliche Berufsbildung zu ermöglichen.

Jene etwas begünstigteren Kinder, deren Eltern in der Lage sind, sie einen Beruf erlernen zu lassen, sind aber ebenfalls in der Regel vor tausendlei Schwierigkeiten gestellt. Der Junge will zum Beispiel Schlosser werden. Wo soll er sich für diesen Beruf ansbilden? Natürlich bei einem Schlossermeister. So war der Gang der gewerblichen Berufsbildung seit einem Jahrtausend und so soll es weiterhin bis in alle Ewigkeit bleiben. Die wenigsten Menschen finden daran etwas auszufehen und es kommt ihnen gar nicht der Gedanke, daß die gewerbliche Berufsbildung auf anderem Wege erworben werden sollte und auch erworben werden könnte. Der auffallende Unterschied in der Art, wie die sogenannte „höhere Bildung“ und andererseits die gewerbliche Berufsbildung erworben wird, sollte freilich niemanden entgehen, am wenigsten den Arbeitern, die unter dieser Ungleichheit und Ungerechtigkeit bitter zu leiden haben.

Wir sagten, der Junge, der Schlosser werden will, muß eben zu einem Schlossermeister in die Lehre gegeben werden. Nun, da muß sich erst einer dazu hergeben, was freilich bei den Schlossermeistern fast immer der Fall ist. Indes sind mit der Gewinnung eines Lehrmeisters noch nicht die vielen anderweitigen Schwierigkeiten überwunden. Da fragt es sich zunächst, ob der gewonnene Lehrmeister auch ein tüchtiger Berufsman, und wenn er das, ob er pädagogisches Talent und Geschick besitzt, um den jungen Mann in allen Teilen des Berufs zu unterweisen und auszubilden. Ist dieses Erfordernis ebenfalls vorhanden, dann fragt es sich weiter, ob die bei dem Meister vorkommenden Arbeiten die Möglichkeit dazu bieten, den Lehrling zu einem Schlosser auszubilden, oder ihn nur zu einem Teil- und Spezialarbeiter zu machen, der nichts anderes als ein ungelerner Handlanger ist. Es kommt auch darauf an, ob der Lehrmeister überhaupt den guten und ehrlichen Willen besitzt, den jungen Mann tüchtig für seinen Beruf zu machen, oder ob er ihn nur als eine billige beziehungsweise unentgeltliche Arbeitskraft betrachtet und behandelt, die er ausbeutet und mit der er verwerflichste Lehrlingszüchtereit treibt. Die moralische Seite des Lehrmeisters ist weiter ein Faktor, der zu berücksichtigen ist. Ein roher Patron, der den ganzen Tag dem Lehrling kein gutes Wort gibt, sondern ihn mit den gemeinsten Schimpfwörtern belegt und mißhandelt; ein Faulenzer, der nicht selbst mit zugreift, sondern nur Lehrlinge und Gehilfen für sich arbeiten läßt, ein Trunkenbold, ein im allgemeinen charakterloser Mann wird kein rechter Lehrmeister sein. Er macht dem Jungen die Lehrzeit zur Hölle, an die er sein Lebtag denkt: er raubt ihm den Verneiner, Arbeitsleiß, Strebsamkeit und Lebenslust und macht ihn so nicht zu einem tüchtigen Berufsarbeiter, sondern zu einem vergrämten Menschen und bloßen Handlanger für die Schlosserwerkstatt.

Zu dem privaten Lehrlingswesen in Werkstätten und Fabriken liefern die soeben erschienenen Jahresberichte der bayerischen Fabrikspektoren für 1903 einige recht beachtenswerte Beiträge. So berichtet der oberfränkische Aufsichtsbeamte: „Zur Revision gelangten im Berichtsjahr 142 Handwerksbetriebe mit 249 Lehrlingen. Ausgesprochene Lehr-

lingszüchtereit ließ sich jedoch nur in 3 Schlosserwerkstätten feststellen, gegen welche in 2 Fällen im Benehmen mit der Handwerkskammer vorgegangen wurde. Am Abschluß eines schriftlichen Lehrvertrags fehlte es in 2 Werkstätten. Die Lehrzeit war für 229 Lehrlinge auf 3 Jahre, für 6 auf vier Jahre (Buchdruckereien), 11 auf 3 1/2 Jahre und weitere 3 mit Ausnahmebewilligung der Handwerkskammer auf weniger als 3 Jahre festgesetzt. Die wohnliche Unterbringung der Lehrlinge war in 14 Fällen unzureichend, in einem Fall auch in sittlicher Beziehung zu beanstanden, da der Schlafraum des Lehrlings mit dem der Magd durch ein Fenster in Verbindung stand. Zur Abstellung dieser Mängel wurde überall polizeiliche Hilfe in Anspruch genommen.“ In mehreren Fällen wurden Beschwerden über „ungebührliche Ausnützung der Lehrlinge“ bei einigen Handwerksmeistern erhoben, und da der Amtsarzt die überlange Arbeitszeit als gesundheitschädlich erklärte, den Ausbeutern entsprechende Bestrafung in Aussicht gestellt.

Die gleichen Klagen werden auch im pfälzischen Bericht erwähnt. Demselben ist zu entnehmen, daß 46 Schlossereien mit 122 Lehrlingen und 34 mechanische Werkstätten mit 83 Lehrlingen re. revidiert wurden. Dabei äußerten zahlreiche Handwerksmeister ihre höchste Unzufriedenheit über die gesetzliche Einschränkung der Lehrlingszüchtereit und -Ausbeuterei, mit der sie noch ihre prekären Existenzen aufrecht erhalten konnten. „Die meisten größeren Handwerksmeister in den Städten klagen, heißt es da, daß sie, besonders in dieser wirtschaftlich unglücklichen Zeit, nicht mehr wie früher Lehrlinge in größerer Zahl einstellen dürfen; sie bedauern dies um so mehr, als brauchbare junge Leute, die des schlechteren Geschäftsganges wegen von Fabriken nicht aufgenommen werden, in namhafter Menge zurzeit als Lehrlinge eingestellt werden könnten. Die Zahl der Lehrlinge, die ein Meister halten dürfe, so äußern sich einzelne derselben, sollte nur von dessen Tüchtigkeit und Führung abhängig gemacht werden.“ Und dabei blüht nämlich immer noch die Lehrlingszüchtereit. So wurden in einem Handwerksbetrieb unter 17 Arbeitern gerade 4 ihr Gesellenstück machten. In einem anderen Falle trafen auf den Meister und Gehilfen 4 Lehrlinge, und ähnliche Verhältnisse wurden noch in einer Reihe anderer Betriebe angetroffen. Von einer gründlichen handwerksmäßigen Durchbildung, besonders im Hinblick auf die erhöhten Anforderungen, auf das vielseitige Können und Wissen, welches die Neuzeit an die Handwerker stellt, kann in solchen Fällen wohl nicht die Rede sein, bemerkt dazu ganz richtig der Aufsichtsbeamte. Auch im Pfälzer Aufsichtsbezirk wurden Klagen wegen Überanstrengung von Lehrlingen laut, auch wurden ungenügende Arbeitsräume angetroffen.

In dem oberpfälzischen Bericht wird konstatiert, daß an der Ausbildung der Lehrlinge noch manches zu bessern ist. „Sie zeigt noch verschiedene Mängel, die nicht bloß in den Betriebseinrichtungen, in dem mehr oder weniger guten Willen des Meisters, sondern auch in dessen allgemeiner Befähigung als Lehrmeister zu suchen sind.“ Der Bericht bezeichnet sodann die Überwachung der Lehrlingsausbildung im Handwerk als eine der wichtigsten Aufgaben der Aufsichtsbeamten. Auch in Mittelfranken sind die Unternehmer mit den Beschränkungen des Lehrlingsausbeutens sehr unzufrieden. „Der Zwang wird lästig, die Beschränkung der Lehrlingszahl vom Geschäft schädigend empfunden. Letzteres ist ja auch tatsächlich für manche Handwerksbetriebe, wie zum Beispiel für Schlossereien, mehr oder weniger empfindlich der Fall.“

Es bestehen also selbst nach den amtlichen Ermittlungen und Feststellungen Mißstände aller Art im privaten Lehrlingswesen, die aber zu einem großen Teil damit unvermeidlich verbunden sind und die daher nur mit dieser überlebten Einrichtung selbst beseitigt werden können. Wir fordern diese Beseitigung und zugleich die Errichtung von Fach- und Berufsschulen oder Lehrwerkstätten, deren ja heute in der Tat schon Hunderte für alle möglichen Berufe existieren, aber leider meistens nur als „höhere Bildungsanstalten“ für Techniker, Zeichner, Werkführer, Meister u. s. w. deren Besuch im Hinblick auf die erforderlichen ansehnlichen Kosten den wenigsten Arbeiterlöhnen möglich ist. Das private Lehrlingswesen sollte auf der ganzen Linie durch kommunale und staatliche Berufsschulen ersetzt, der Unterricht unentgeltlich erteilt und an unbemittelte Schüler Stipendien gewährt werden. Das würde Hunderte von Millionen kosten — allein ist nicht heute genug Geld für Kasernen und Zuchthäuser, für neue Kanonen und Gewehre, für neue Kriegsschiffe, für Liebesgaben aller Art an die Besitzenden vorhanden? Natürlich müßten und würden nicht auf einmal Hunderte und Tausende solcher neuen Berufsschulen errichtet werden, aber im Laufe einiger Jahrzehnte könnte die ganze Reform, die ein wahrhaft großes Kulturwerk wäre, durchgeführt werden. Die Unternehmer würden freilich dagegen Opposition machen, weil ihnen dadurch die billigen Ausbeutungsobjekte

entzogen würden. Haben aber nicht die Unternehmer zu jeder Zeit gegen jeden Fortschritt die heftigste Opposition gemacht, wenn damit nicht für sie unmittelbar große Vorteile verknüpft waren? Nun, in Hunderten von Fällen ist man über die Opposition der Unternehmervelt zur Tagesordnung hinweggegangen, die Neuerung wurde ein- und durchgeführt und die Unternehmer suchten sie sich dienstbar zu machen. So würde es auch mit der Abschaffung des privaten Lehrlingswesens und seiner Ersetzung durch Berufsschulen sein.

Wir kennen ferner den Einwand, daß auf diese Weise die Arbeiterschaft zu gelehrt und gebildet würde und niemand mehr die unangenehmen Arbeiten verrichten würde. Diese im Kampfe gegen die Bestrebungen der Arbeiterbewegung von dem Spießbürgertum schon gar oft verzapfte Weisheit hat der Amerikaner Channing mit folgenden Worten vor langer Zeit zurückgewiesen: „Eine gute Beschulung, eine tüchtige Geistesbildung bewirkt, statt Unlust und Ungeschick zur Arbeit gegenteils, daß der Mensch mehr Interesse an derselben gewinnt, weil der Geist mit der Hand arbeitet. Ein unterrichteter Bauer, der etwas von der Agriculturnomie, dem Bau der Pflanzen, den Eigenschaften des Düngers und der verschiedenen Erdbarten versteht und diese Kenntnisse zu verwerten weiß, wird nicht allein ein freudigerer, sondern auch ein besserer Arbeiter als der sein, dessen Geist der Erdscholle ähnlich ist. Und weshalb nennen wir die Handarbeit niedrig? Der Hauptgrund liegt einfach darin, daß sich immer noch so wenig unterrichtete Leute damit befassen haben. Wenn einmal tüchtig geschulte und gebildete Menschen hobeln, pflastern, feilen, pflügen, die gewöhnlichsten Arbeiten verrichten, dann hören diese auf, gemein zu sein. Es ist der Mensch, der die Würde der Beschäftigung bestimmt, nicht die Beschäftigung selbst, welche den Maßstab gibt für die Würde des Menschen. Dann wird auch eine bessere Bildung von selbst zur Einsicht führen, daß ein wesentlicher Unterschied in den Berufsarten in bezug auf ihre Würde nicht existiert. Der Schreiber am Kontortisch, der den ganzen Tag Buchstaben und Zahlen kopiert, der Kassierer, der Geld zählt, der Kaufmann, der Leder und Zeug verkauft und Schiffe befrachtet, treibt kein edleres Geschäft als der, welcher die Stoffe zu Kleidern, Schuhwerk, Hausgeräten verarbeitet. Alle dienen in gleicher Weise dem ganzen.“

Die Furcht vor der Aufklärung, vor der Bildung, vor dem tüchtigen Können und Wissen ist eine Frucht geistiger Tiefe und Rückständigkeit, ein Stück Barbarei. Mit unserer Forderung methodischer, theoretischer und praktischer Berufsbildung sind wir auch auf diesem Gebiet die Pioniere des Fortschritts, die Förderer des Geisteslebens und der Kultur.

Produktionssteigerung und Verjüngung des Arbeiterstammes.

Während teils durch die technische Entwicklung, teils aber auch durch Erhöhung der Arbeitsleistung die Produktivität ganz gewaltige Steigerung erfährt, müssen die Arbeiter stets kampfbereit auf der Wacht stehen, um nicht, anstatt steigenden Anteil an den Kulturwerten zu nehmen, sogar noch auf ein tieferes wirtschaftliches Niveau herabgedrückt zu werden. Produktionssteigerungen bezahlt der Arbeiter mit Entwertung seiner Arbeitskraft und mit steigender Arbeitslosigkeit. Anstatt den Arbeiter an der Erhöhung der Produktivität teilnehmen zu lassen, ihn dadurch zu befähigen, seinen Konsum zu steigern und damit auch die Nachfrage nach Gütern, drückt man den Preis der Arbeitskraft herunter, der Arbeiter kann immer nur ein kleines Quantum des von ihm Erzeugten wieder konsumieren. Das ist die sogenannte Überproduktion mit ihren verheerenden Krisenfolgen. In welchem Maße speziell in der Eisenindustrie in den letzten Jahren die Produktionssteigerung sich entwickelte, zeigt folgende Zusammenstellung. Es betrug pro Kopf der hierbei beschäftigten Arbeiter in Deutschland:

Jahr	Eisen		Fabrikate	
	Produktion Tonnen	Wert der Produktion Mt.	Produktion Tonnen	Wert der Produktion Mt.
1894	355	1208	34,17	4016
1895	368	1215	34,42	4008
1896	402	1456	37,67	4681
1897	407	1581	36,74	4825
1898	415	1587	37,32	5005
1899	499	1715	37,89	5445
1900	492	1772	35,76	5808
1901	406	1764	36,00	5000
1901	458	1877	41,87	5178

Es betrug die Produktionssteigerung bei der Erzeugung in dem angegebenen Zeitraum fast 30 Prozent, der Wert der Produktion pro Kopf über 38 Prozent, bei den Erzeugnissen nahm die Produktion um annähernd 22 Prozent, der Wert der auf den Kopf entfallenden Produktionsmenge sogar um mehr wie 28 Prozent zu. Dabei ist noch zu berücksichtigen,

daß in den letzten Jahren nicht nur vielfach Feierschichten eingelegt wurden, was die Erzeugung quantitativ beeinträchtigte, die Krise drückte die Preise der Fabrikate vielfach sogar ganz bedeutend herunter. Wie sehr dadurch der Wertanteil pro Kopf beeinflusst worden ist, ergibt die Ziffer pro 1900. In diesen Jahre betrug die Wertsteigerung pro Kopf gegenüber 1894 nicht weniger wie 44 Prozent. — Ein recht frappantes Beispiel für die Erhöhung der Produktion und der Wertquote sei hier noch aus der Oberschlesischen Eisenindustrie angeführt. Bei rund 26000 Arbeitern betrug im dritten Quartal 1902 in der Eisen- und Stahlindustrie das Erzeugungsquantum pro Kopf 14,90 Tonnen, in derselben Periode 1903 war das Quantum gestiegen auf 15,84 Tonnen, der Wert der Erzeugung pro Kopf stieg in derselben Zeit von 1110 Mk. auf 1166 Mk. Auf ein ganzes Jahr berechnet würde die Steigerung betragen: bei der Produktionsmenge 6,30 Prozent und beim Produktionswert 5,05 Prozent. So werden die Selbstkosten auf Kosten der Arbeiter verringert, diese haben zu der Mehrerzeugung wohl das erforderliche „Knochenfett“ zu liefern, aber weiter partizipieren sie nicht an dem geschaffenen Mehrwert.

Auch kommt während der Krise die Produktionssteigerung nicht zum Stillstand. Im Gegenteil, der Preisdruck zur Zeit der Depression reizt dazu an, durch Steigerung der Produktion die Selbstkosten immer weiter herabzumindern. Der Mengenanteil auf den Kopf an erzeugten Gütern steigt, die Kaufkraft bleibt günstigenfalls konstant und so ist der „Fortschritt“ fortwährend weiter die Ursache, die Krisenleiden zu verlängern. In welcher Intensität die Produktionssteigerung und die Verminderung der Selbstkosten in einzelnen Fällen vor sich geht, illustriert eine Walzwerkneuanlage auf der Gutehoffnungshütte in Oberhausen. Die beiden alten Stabeisenstraßen werden ersetzt durch eine Lira- und eine Doppelduostraße. An Stelle des Dampfmaschinenbetriebs tritt Antrieb durch Drehstrommotoren. Mit dieser Neuanlage wird die Erzeugung um fast das Dreifache gesteigert, was natürlich eine enorme Verringerung der Selbstkosten — Arbeitslöhne — involviert.

In den mechanischen Betrieben der Eisenindustrie ist in den letzten Jahren, durch Einführung eines neuen Werkzeugstahls, die von den einzelnen Arbeitern auf einer Drehbank oder Arbeitsmaschine geleistete Produktmenge um bis 30 Prozent gesteigert worden — in der gleichen Proportion steigt man die Afforde herunter. Vielfach ist auch das Zweibanksystem in Übung gekommen, besonders in Drehereien, wo große Drehstücke bearbeitet werden. Ein Dreher hat zwei Drehbänke zu bedienen, auf der einen werden Stücke mit viel „Selbstgang“ bearbeitet, die andere Bank wird hauptsächlich für Teile mit fast ausschließlich Handarbeit benutzt. Der Arbeiter kommt nie zur Ruhe, beiden Bänken muß er seine Aufmerksamkeit widmen. Die Selbstkosten fallen dabei ganz bedeutend, denn für die zweite Bank gibt es von dem eigentlichen Affordbetrag nur 75 bis herab zu 25 Prozent. Man hat aber auch noch andere Mittel, die Produktionskosten herabzumindern. In der Textilindustrie wird die Einstellung der billigen weiblichen Arbeitskraft bevorzugt, auch in einigen Zweigen der Metallindustrie geht man mehr zu dieser „Erkung“ der Frauen über. In der rheinisch-westfälischen Kleinereisenindustrie und im Maschinenbau hat man dagegen in den letzten Jahren eine Verminderung der Selbstkosten erzielt durch Verjüngung des Arbeiterstammes. In steigendem Maße werden erwachsene Arbeiter durch minder bezahlte jugendliche Arbeiter ersetzt. Der Jahresbericht der rheinisch-westfälischen Kleinereisenindustrie und Maschinenbauberufsgenossenschaft gibt darüber beachtenswerten Aufschluß. Es wurden in dieser Berufsgenossenschaft gezählt:

Jahr	überhaupt	Berufsjahre davon jugendliche	auf 1000 Erwerbstätige fallende jugendliche
1900	165769	29547	218,6
1902	160966	36088	302,9

Obwohl die Gesamtzahl der Berufsjahre um fast 5000 zurückging, nahm die Zahl der Jugendlichen um 5491 zu, so daß 1902 die Jugendlichen bereits über 30 Prozent der Zahl der Erwerbstätigen ausmachten. Der Jahresdurchschnittslohn der Erwerbstätigen betrug 1902 1253 Mk., der der Jugendlichen 417 Mk. Gegen 1900 sind 1902 weniger vorhanden 10294 Erwachsene, dafür sind 5491 Jugendliche mehr eingestellt. Käuft man ganz unberücksichtigt, daß mit den Erwachsenen auch Jugendliche entlassen sein müßten, dann ergibt sich durch den Ersatz der Erwachsenen mit Jugendlichen doch schon eine Lohnersparnis von rund 4600000 Mk. in einem Jahre! In den einzelnen Sektionen zeigt die Beteiligung der Jugendlichen und die Verschiebung von 1900 bis 1902 folgendes Bild. Es betrug:

Sektion	Zahl der jugendlichen Berufsjahre zu 300 Arbeitstagen 1900	Zahl der jugendlichen Berufsjahre zu 300 Arbeitstagen 1902	Zahl je 1000 Erwerbstätige fallende jugendliche 1900	Zahl je 1000 Erwerbstätige fallende jugendliche 1902
Dortmund	6125	6963	293,5	371,5
Hagen	2455	3264	166,9	260,0
Altena	3162	3848	252,7	339,9
Düsseldorf	7372	9003	209,4	306,1
Remscheid	6302	7995	222,2	310,6
Köln	4231	4965	177,6	233,9

Es sind an der stärkeren Heranziehung der Jugendlichen, mit Ausnahme von Köln, wo deren Anteil überhaupt am niedrigsten ist, sämtliche Bezirke in annähernd gleichem Verhältnis beteiligt. Daraus scheint System in der Sache zu liegen!

Selbstverständlich müssen auch die jugendlichen Arbeiter schon ihren Anteil an gefunden Knochen auf dem Altar der Industrie opfern. Jugendliche Invaliden — 16jährige — werden im Jahre 1900 gezählt 120, zwei Jahre später waren bereits 300 jugendliche Krüppel vorhanden! Im Jahre 1902 erklärten 104 jugendliche Arbeiter entgeltlospflichtige Unfälle.

Der Kapitalismus begnügt sich nicht mit Plünderung der Arbeitskraft der Erwachsenen, die Profiteure verschlingt mit Vorliebe auch junges Fleisch — es ist billiger! H. D.

Zentrum und Koalitionsrecht.

Minister Budde will den Angestellten und Arbeitern der Eisenbahnverwaltung das Recht der Koalition zugehen — aber sie dürfen keinen Gebrauch davon machen. Daß Eisenbahner in einen Streit eintreten, ist ihm ein unsagbarer Gedanke, und jede Organisation, die die bloße Möglichkeit eines Streikes anerkennt, ist in seinen Augen staats- und ordnungsfeindlich und daher unzulässig. Wer einer solchen Organisation in seinem Betrieb angehört, ist nicht würdig, Staatsdiener zu sein. Hinaus mit ihm! denn er hat als Beamter den Treueid gebrochen, und als Arbeiter ist er dem Versprechen, sich von ordnungswidrigen Bestrebungen fernzuhalten, nicht nachgekommen. Daß auf diese Weise von einem Koalitionsrecht der Eisenbahner überhaupt nicht mehr die Rede ist, leuchtet ebenso ein, wie daß, was Budde zulezt, von den Privatunternehmen mit demselben Rechte geltend gemacht werden kann — wie denn auch die Lehren Buddes schon auf den Bergbau, die Landwirtschaft u. s. w. angewendet worden sind. Daß Buddes Ausführungen bei den arbeiterfeindlichen Parteien des Dreiklassenhauses Beifall gefunden haben, braucht nicht besonders betont zu werden, und wer das Zentrum kennt, wird sich nicht wundern, daß seine Wortführer dem Eisenbahnminister eifrig beipflichten. Am 9. März war es der Zentrumsmann v. Savigny, der im preussischen Abgeordnetenhaus ausdrücklich seine Zustimmung zu der Auffassung Buddes über das Koalitionsrecht der Eisenbahner ausdrückte. Er meinte, die Eisenbahner hätten das Petitionsrecht, und deshalb sei das Koalitionsrecht für sie überflüssig! Die Folgerung, daß demnach das Koalitionsrecht für alle Arbeiter unnützlich ist, da ja jedermann das Petitionsrecht hat, wurde von dem wackeren Zentrumsmann zwar nicht ausgesprochen, aber sie drängt sich notwendig auf und wird, wenn es darauf ankommt, auch schon geltend gemacht werden. Der Abgeordnete v. Savigny berief sich auf seinen Parteigenossen Herold, den Zentrumsagrarien, der vor kurzem von derselben Stelle ausführte: „Es ist ein natürliches Recht sämtlicher Arbeiter, sowohl der ländlichen als der gewerblichen, sich zusammenzuschließen, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Diesem allgemeinen Grundgesetz können aber Gründe des Allgemeinwohles Grenzen setzen, wie wir denn überhaupt die Freiheit des einzelnen in Rücksicht auf das Allgemeinwohl verschiedenartig einschränken müssen, und derartige Einschränkungen in unserem heutigen Kulturstaat in immer stärkerem Maße auch erfolgen. Gerade die ganzen Arbeiterchutzgesetze, welche in fortschreitender Weise erlassen werden zum Schutze der Arbeiter, bedingen ja auch eine wesentliche Einschränkung der persönlichen Freiheit des einzelnen, des Arbeitgebers wie des Arbeiters. Trotzdem wird diese Beschränkung vorgenommen im Interesse der Arbeiter selbst... Das Recht der Koalition an sich ist unbestreitbar; es können aber Rücksichten des Allgemeinwohls obwalten, eine Einschränkung vorzuziehen.“

Wie man sieht, findet Budde in den Zentrumsführern getreue Helfershelfer, und damit auch die offizielle Genehmigung nicht fehle, nennt die Germania, das ultramontane Fraktionsorgan, in einem Leitartikel in Nr. 17 die Ausführungen des Abgeordneten Herold „die allein gültige Richtschnur für die Beurteilung dieser Frage, und meint weiter in Anknüpfung an die Rede Herolds: „Daß derartige Rücksichten des Allgemeinwohls gegen ein absolutes Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter sprechen, liegt auf der Hand. In Friedenszeiten würde ein umfassender Streik der Eisenbahnarbeiter die Aufrechterhaltung eines ordnungsmäßigen Verkehrs vollständig in Frage stellen, in Kriegszeiten aber würde eine solche Arbeitseinstellung die nationalen Interessen, die Sicherheit des Vaterlandes auf das schwerste gefährden. Ein Streik, auch ein nur kurze Zeit andauernder Streik der Eisenbahnarbeiter in Kriegszeiten könnte die unheilvollsten Konsequenzen für das ganze Land herbeiführen. Diese Erwägung allein sollte schon ausschlaggebend für die Beurteilung der ganzen Frage sein.“

In Kriegszeiten bildet nicht minder wie die Verkehrsfrage auch die Ernährungsfrage eine Hauptrolle; das Heer braucht zum Beispiel Brot. Wie nun, wenn die Bäcker streikten! — also jort mit dem Koalitionsrecht der Bäcker! Das Heer braucht in Friedens- wie in Kriegszeiten Kleider, braucht Schuhe, braucht Waffen! — also jort mit dem Koalitionsrecht der Schneider, Schuhmacher, Metallarbeiter! Fort mit dem Koalitionsrecht überhaupt — denn jede Stöckung des Erwerbslebens kann für das Heer in Friedens- und mehr noch in Kriegszeiten von den verderblichsten Folgen sein. Man sieht, wie leicht es ist, mit Gründen dem Koalitionsrecht den Hals umzudrehen, wenn man nur will und so willig den Arbeiter zu knebeln und zu knuten bereit ist, wie das Zentrum.

Nun hat das Zentrum im preussischen Abgeordnetenhaus auch zwei „Vertreter“ der Arbeiter: die Herren Stöckel und Brust. Hat keiner von ihnen in dieser Frage das Wort ergriffen, was Minister Budde entgegenzutreten? Allerdings hat Herr Brust sich an der Debatte beteiligt, aber nur um ausdrücklich den Herren Herold und v. Savigny und damit auch Herrn Budde beizustimmen. Minister Budde, Junfer von Savigny, Agrarier Herold und Arbeiterführer Brust Hand in Hand, um den Arbeitern und Beamten das Koalitionsrecht streitig zu machen — ein nettes, aber die Situation treffend illustrierendes Bild!

Herr Brust meinte: „Die gestrigen Ausführungen des Abgeordneten v. Savigny über das Koalitionsrecht billige er, ebenso stimme er den allgemeinen Ausführungen, die der Abgeordnete Herold über das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter gemacht habe, zu. Er, Redner, präzisiere seinen Standpunkt kurz dahin, daß er sage: Das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter und der Landarbeiter bedarf einer anderen Regelung als das der gewerblichen Arbeiter.“

Was ist die Eisenbahn ohne Kohle, was das industrielle Leben ohne Eisen, was das ganze wirtschaftliche Getriebe ohne die Arbeitskraft der Proletarier? Warum soll der Bergarbeiter vor dem Landarbeiter etwas voraus haben? Wer den

Eisenbahner, wer den Landarbeiter das Koalitionsrecht streitig macht, der greift es in seinem Wesen, in seinem Bestand, in seiner Notwendigkeit für jede und irgend eine Arbeiterkategorie an — der Bergarbeiterführer Brust erklärt sich selber für eine unberechtigte, ungesetzliche Person!

Daran ändert nichts die einleitende Bemerkung Brusts, „daß vom Standpunkt der allgemeinen Gerechtigkeit“ auch den Berg- und Landarbeitern das Recht zur Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage gegeben werden müsse. Das Koalitionsrecht mit dem Galgen des einschränkenden Bestimmungen daneben! Die Bewilligung des Koalitionsrechtes auf dem Papier aus Gründen der „allgemeinen Gerechtigkeit“ — die Vernichtung des Koalitionsrechtes in der Praxis aus Rücksicht auf das „öffentliche Wohl“. Das ist eine Lehre vom Koalitionsrecht, die dem Zentrum und seinem „Arbeitervertreter“ Brust den Beifall jedes Scharfmachers eintragen wird.

Herr Budde hat 27 Arbeiter entlassen, weil ihm bekannt geworden war, daß sie Beiträge zum Eisenbahnerverband gesteuert hatten. Auch das findet der wackere Herr Brust, dem es offenbar darauf ankommt, für sich und seinen christlichen Verband die Gunst der Regierung und des Scharfmachertums zu erlangen, in der Ordnung. Er meinte: „Vom Standpunkt der allgemeinen Gerechtigkeit könne er es nicht billigen, wenn Arbeiter um ihrer politischen Überzeugung willen aus Arbeit und Brot gebracht würden. Was das zu bedeuten habe, hätten die katholischen Arbeiter in den Jahren des unseligen Kulturkampfes alsuoft am eigenen Leibe erfahren müssen. Allerdings liege die Sache bei den Eisenbahnarbeitern etwas anders. Die Eisenbahnbeamten müßten beim Antritt des Dienstes den Treueid leisten und die Arbeiter bei der Aufnahme in den Eisenbahndienst das Versprechen ablegen, ordnungswidrige Bestrebungen nicht zu unterstützen. Daß nun die Sozialdemokratie im allgemeinen und die sozialdemokratischen Gewerkschaften im besonderen Bestrebungen gegen die gegebene Staats- und Gesellschaftsordnung huldbigten, sei wohl nicht zu leugnen. Deshalb und mit Rücksicht auf das der Eisenbahnverwaltung gegebene Versprechen sei die Verwaltung bei der Entlassung der 27 Mitglieder der sozialdemokratischen Eisenbahnarbeiterorganisation nur konsequent verfahren.“

Die Jesuiterei steckt jedem Zentrumsman im Blute, deshalb dürfen wir uns — wenn wir es nicht schon bei ihm gewohnt wären — nicht über das infam heuchlerische Getue des Musterschristen Brust wundern, der erst „vom Standpunkt der allgemeinen Gerechtigkeit“ sich als den Biedermann, den Arbeiterfreund, den unentwegten Vertreter des Rechtes aufspielt, und dann aus anderen — natürlich ebenso „ehrenwerten“ Gründen — das größte Unrecht gutheißt. Der Mann hat zur Genüge am eigenen Leibe zu erfahren Gelegenheit gehabt, daß das Unternehmertum so ziemlich jede selbständige Bewegung der Arbeiterchaft — selbst die zahme christliche Gewerkschaftsbewegung — als ordnungswidrig, als sozialdemokratisch brandmarkt; aber Herr Brust fühlt sich hier als Vertreter der Zentrumsparthei, und es ist in der Ordnung, daß er die Wege wandelt, die die Herren v. Savigny, Herold und Konsorten vorgezeichnet haben. Darum heßt er frech, frei und fromm in Scharfmachermanier auf den „sozialdemokratischen“ Eisenbahnerverband, darum preist er die ungesetzliche Verpflichtung der Eisenbahner auf Preisgabe ihrer staatsbürgerlichen Freiheit, darum erblickt er in der Entlassung der Arbeiter, die nichts getan hatten, als von einem ihnen gesetzlich gewährtesten Rechte Gebrauch zu machen, eine lobenswerte Konsequenz, woraus Herr Budde — wenn er dessen bedürfte — die Ermütigung zu weiteren Bemühungen auf dem Gebiet der Bergewaltigung der Arbeiter und Angestellten seines Betriebes entnehmen wird.

Und nun sage noch einer, das Zentrum achte nicht die Rechte der Arbeiter! Wir hatten oftmals Gelegenheit, nachzuweisen, wie sehr die im Zentrum notdürftig vereinigten Interessengruppen sich widerstreiten, wie sie sich bekämpfen und gegeneinander wüten — in einem aber sind sie einig, vom Grafen bis zum Bauern, vom Fabrikanten bis zum Arbeiterführer, vom Bischof bis zum Küster: in der Arbeiterfeindschaft!

Rechenschaftsbericht der Generalkommission

vom 1. Juni 1902 bis 31. Dezember 1903.

Dem in letzter Nummer des Correspondenzblattes enthaltenen Bericht entnehmen wir folgendes:

Trotz der in einzelnen Industriezweigen recht ungünstigen Konjunktur haben sich die gewerkschaftlichen Organisationen in ihrer Gesamtheit in überaus erfreulicher Weise entwickelt. Die Zahl der Mitglieder ist nicht nur bedeutend gestiegen, sondern die Organisationen sind im Innern ausgestaltet worden und haben besonders ihre Finanzkraft wesentlich gestärkt. Ende 1901 betrug die Mitgliederzahl nach der dem Statutgarter Gewerkschaftskongress vorgelegten Statistik 677510. Im Jahre 1902 erhöhte sich die Zahl auf 733208 und auch im Jahre 1903 ist eine bedeutende Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen. Soweit jetzt schon eine Übersicht nach den Abrechnungen der Organisationen möglich, läßt sich eine Zunahme von mehr als 100000 Mitgliedern in den Zentralverbänden im Jahre 1903 konstatieren. Wenn die Zunahme in den Verbänden für die Abrechnungen noch nicht vorliegen, sich in gleicher Weise gestaltet, wie in den Organisationen, für die nähere Angaben schon gemacht sind, so wird die Mitgliederzunahme zirka 140000 im Jahre 1903 betragen. Trotz ganz erheblicher Ausgaben, die einzelnen Organisationen dadurch entstanden sind, daß die Unternehmer Massenauflösungen von Arbeitern, die Lohnforderungen stellten, vorzunehmen, hat sich auch der Vermögensstand der Organisationen verbessert. Ein Zeichen dafür, daß diese Taktik der Unternehmer, die darauf hinausgeht, die Finanzkraft der Gewerkschaften zu brechen, ihre Wirkung verfehlt hat.

Die Organisationen sind heute ein Faktor im Wirtschaftsleben geworden, der auch von jenen Stellen nicht mehr übersehen werden kann, an denen man keineswegs von der Existenz und ständigen Fortentwicklung der Gewerkschaften erfremt ist. Zwar sind wir in Deutschland noch nicht soweit gekommen, daß die Staatsverwaltung die Ertragsberechtigung der Gewerkschaften anerkennt, aber man ist doch genötigt gewesen, die Hilfe unserer Organisationen bei statischen Unternehmungen in Anspruch zu nehmen. Eine Reichsbehörde, das Reichsstatistische Amt, hat mehrfach sich an die Vertretung der Gewerkschaften Deutschlands, an die Generalkommission, gewandt und um Hilfe der Gewerkschaften bei statistischen Arbeiten ersucht. Sodann wünschte das Statistische Amt fortläufigen Auskunft über die Zahl der Arbeitslosen in den Verbänden, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren. Auch waren die in Frage kommenden Gewerkschaften, trotz der bedeutenden Arbeit und der

¹ Nach Sollarbeitern zu 300 Arbeitstagen gerechnet, die gleiche Zahl ist noch etwas höher.

nicht unerheblichen Unkosten, die ihnen durch die Sache entstanden, bereit, den Anforderungen des Statistischen Amtes zu entsprechen. Die Formulare für die Erhebung werden wohl von dem Amte geliefert, doch haben die beteiligten Gewerkschaften die Postkosten für die vierteljährlich einzuwendenden Berichte zu tragen, was bei Organisationen mit vielen Zweigvereinen eine ins Gewicht fallende Ausgabe verursacht. Es wird dafür gefordert werden müssen, daß auch diese von dem Reiche getragen werden, doch haben sich die Verbände bereit erklärt, sie zunächst zu übernehmen, um die Sache selbst zu fördern.

Der Plan für diese Statistik wurde in einer Sitzung in den Räumen des Reichsstatistischen Amtes festgelegt. An der Sitzung nahmen die Vorsitzenden der Verbände teil, die Arbeitslosenunterstützung an die Mitglieder zahlten und ihren Sitz in Berlin haben. Der Vorsitz führte der Präsident des Statistischen Amtes.

Neben einigen weiteren Anforderungen, die leichter erfüllt werden konnten, richtete das Amt das Ersuchen an die General-Kommission, die in den Gewerkschaften vorhandenen mit den Unternehmern vereinbarten Lohnsätze zu sammeln und dem Amte zur Verfügung zu stellen. Es sollen diese Sätze systematisch zusammengestellt und dann soweit erforderlich durch das Amt im Wortlaut veröffentlicht werden. Auch hier sagten die Gewerkschaften zu, der Anforderung nachzukommen, und gelang es bis zum Januar 1904, dem Statistischen Amt insgesamt 923 Sätze zu übermitteln.

Man mag, angesichts des sonstigen Verhaltens der Reichs- und Staatsbehörden gegenüber den Gewerkschaften, diesen Vorgängen keine allzu große Bedeutung beilegen. Das eine ist jedoch sicher, daß, wenn die Hilfe der Gewerkschaften von Reichsbehörden in Anspruch genommen wird, man diesen Organisationen die rechtliche Anerkennung auf die Dauer nicht wird versagen können. Wir betrachten die Sache auch nur insofern als bedeutungsvoll, weil durch sie der Beweis geliefert ist, daß man an maßgebender Stelle die gewerkschaftlichen Organisationen nicht mehr übergehen kann, und dies ist für uns ein Zeichen dafür, daß die Gewerkschaften an Macht und Ansehen gewonnen haben.

Agitation.

In Oberschlesien sind in den Einrichtungen zur Förderung der gewerkschaftlichen Agitation einige Änderungen eingetreten. Nachdem von den Verbänden der Bergarbeiter und Maurer besoldete Verwaltungsbeamte für den oberschlesischen Industriebezirk angestellt worden sind, wurde energig versucht, Versammlungsorte zu beschaffen. Es wurden Lokale in Beuthen und Kattowitz gemietet. In beiden Fällen erklärte die Behörde, daß die Lokale zu Versammlungszwecken nicht benutzt werden dürften. Daraufhin wurde beschlossen, das Sekretariat in das neu gemietete Lokal in Beuthen zu verlegen. Der Vermieter des Lokals hatte jedwede darauf gerichtete, daß wir ihm die Miete für das Lokal zahlen würden, ohne es in Benutzung nehmen zu können. Als ihm erklärt wurde, daß der Arbeiterverkehr doch in das Lokal durch Verlegung des Sekretariats ginge, hob er den Vertrag auf und handigte dem Vertreter der Generalkommission die vereinbarte Konventionalstrafe von 300 Mark ein. Ob die Summe aus seinem Verwundnen stammt, ist nicht erwiesen, aber nicht sehr wahrscheinlich. — In der gleichen Weise wurde nun bei dem Lokal in Kattowitz vorgegangen. Der Vermieter dieses Lokals hielt aber den Vertrag. Darauf wurde das Sekretariat nach Kattowitz verlegt, und es wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, das Lokal für die gemieteten Zwecke frei zu bekommen. In diesem Kampfe, in dem es nicht an heiteren Momenten fehlte, zeigte es sich deutlich, wie eigenartig die oberschlesischen Verwaltungsbehörden ihre Aufgabe auffassen. Über die Widerstände wurden von den Arbeitern überwunden und heute ist das Lokal für Versammlungen zu benutzen und vollzieht sich der Arbeiterverkehr ungehindert in den Räumen. In Stelle des Arbeitersekretärs Genossen Dr. Winter trat, da dieser seine Stellung aufgab, am 1. Juli 1903 der Genosse Gionner.

In gleicher Weise wird die Agitation in Saarabien durch behördlichen Einfluß behindert. Auch dieses industriell sich entwickelnde Gebiet muß der gewerkschaftlichen Organisation erschlossen werden und wird die Generalkommission unter Beihilfe der beteiligten Verbände in nächster Zeit ein Sekretariat in Saarbrücken errichten.

Sodann ist auch das für das Sauerland mit dem Sitz in Iserlohn vorhandene Sekretariat von der Generalkommission in Verwaltung genommen. Dieses Sekretariat wurde bisher aus den Beiträgen der lokalen Organisationen erhalten. Infolge zweckmäßiger Agitation und der Aussperrung in Iserlohn sind diese Organisationen zu den Zentralverbänden übergetreten. Um das Sekretariat zu erhalten, verpflichteten sich der Deutsche Metallarbeiter-Verband und die Generalkommission, zunächst die erforderlichen Zuschüsse zu leisten, bis die Ausgaben aus den Ertragsbeiträgen, zu denen sich die beteiligten Arbeiter verpflichteten, gedeckt werden können.

Von einer Schilderung des sonstigen Eingreifens der Generalkommission bei der agitatorischen Tätigkeit im einzelnen kann wohl abgesehen werden.

Statistik.

Die Statistik über Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften ist in der bisherigen Weise fortgeführt, desgleichen die Statistik über die Streiks. Diese hat es ermöglicht, einen genauen Vergleich mit der amtlichen Streikstatistik zu machen. Sowohl für 1901 als für 1902 ergab sich, daß die amtliche Statistik unvollkommen war. Es fehlten in beiden Statistiken über 300 Streiks, von denen die Gewerkschaften nachweisen konnten, daß sie stattgefunden hatten.

Die Statistiken über die Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate sind unverändert fortgeführt.

Auf Beschluß der Konferenz der Vorstände soll fortlaufend eine Statistik über die Lohnbewegungen aufgenommen werden. Diese Statistik wird das Wirken der Gewerkschaften zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft deutlich zeigen als dies durch die Streikstatistik geschehen kann. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß die erste Aufnahme schon für das Jahr 1904 erfolgen kann.

Konferenzen, Generalversammlungen und Kongresse.

Von den Generalversammlungen respektive Verbandstagen wurden 27 durch Vertreter der Generalkommission besucht. Ferner entsandte die Generalkommission einen Vertreter zu dem Bauarbeiterskongress, der am 29. März 1903 in Berlin stattfand. Dem österreichischen Gewerkschaftskongress wählte ein Vertreter der Generalkommission bei.

Zu der internationalen Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Dublin entsandte die Generalkommission zwei Vertreter, die auch an der Jahresversammlung der General Federation of Trade Unions, die am demselben Orte stattfand, teilnahmen. Auf der internationalen Konferenz wurde der Vorsitzende der Generalkommission zum internationalen Sekretär gewählt. Die Konferenz hat die Verbindungen geschaffen, die nach dem gegenwärtigen Stande der Organisation in den einzelnen Ländern möglich ist.

Die Arbeiterversicherung.

Der vom letzten Gewerkschaftskongress gefasste Beschluß, in Berlin ein Zentralarbeitssekretariat zu errichten, wurde von der Generalkommission ausgeführt. Das Sekretariat ist am 1. Januar 1903 eröffnet worden.

Correspondenzblatt, L'Operaio Italiano, Oswiata, Broschüren.

Das Correspondenzblatt ist seit dem letzten Kongress nicht nur inhaltlich ausgestattet worden, sondern auch äußerlich insofern verbessert, daß das Blatt aufgeschritten und geheftet geliefert wird. Es war möglich, trotz dieser vermehrten Arbeit in der Druckerei die Frist zwischen dem Redaktionschluß und Erscheinungstag um einen Tag zu verkürzen.

Der Inhalt ist verbessert durch Heranziehung einer größeren Zahl von Mitarbeitern in Deutschland und Korrespondenzen im Ausland.

Die Auflage des Blattes erhöhte sich von 10900 im Mai 1902 auf 14500 im Dezember 1903.

Die italienische Zeitung L'Operaio Italiano erscheint in einer Auflage von 2000 Exemplaren im Winter und von 3400 im Sommer. Es ist wohl zu konstatieren, daß durch dieses Organ die Übernahme von Streitarbeit durch die italienischen Arbeiter erheblich eingeschränkt ist und die Italiener für die gewerkschaftliche Organisation gewonnen sind.

Ebenso günstig hat das polnische Gewerkschaftsblatt Oswiata in den Bezirken mit polnisch sprechender Bevölkerung gewirkt. Die Auflage des Blattes ist nicht groß, es erscheint nur in 2700 Exemplaren. Dem Bedürfnis der polnisch sprechenden Bergarbeiter, die den größten Prozentsatz der Gewerkschaftsmitglieder, die nach Literatur in polnischer Sprache verlangen, stellen, wir dadurch Rechnung getragen, daß ein Teil der Bergarbeiterszeitung in polnischer Sprache erscheint. Dadurch ist die Zahl der Abnehmer des Blattes Oswiata verringert worden.

Das Protokoll des vierten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands gelangte in 56000 Exemplaren zur Ausgabe. Ferner wurden die Artikel aus dem Correspondenzblatt über Aufgaben und Einrichtungen der örtlichen Gewerkschaftskartelle als Broschüre herausgegeben und wurden 5000 Exemplare hergestellt, die zum größten Teil zum Verkauf gelangten.

Die Generalkommission wurde vielfach herangezogen zu Verhandlungen, die bezweckten, Differenzen zwischen einzelnen Verbänden, in der Hauptsache „Grenzkreuzlichkeiten“ betreffend, auszugleichen. Teils veranlaßte sie, wenn solche Differenzen vorlagen, selbst eine Zusammenkunft der in Betracht kommenden Verbandsvorstände. Es gelang fast immer, die Differenzen beizulegen und eine Verständigung herbeizuführen.

Des weiteren wurden von der Generalkommission in Gemeinschaft mit dem Vorstand des Vereins Arbeiterpresse die Statuten für die Organisation zur Versicherung der in der Arbeiterschaft angestellten Beamten fertiggestellt. Diese Versicherungsorganisation fand bei den Gewerkschaften fast allgemeinen Anklang, und ist ihr der größte Teil der Gewerkschaftsbeamten beigetreten.

Dem Bericht, an dem wir einige Kürzungen vorgenommen haben, ist die Abrechnung angefügt. Der Etat der Generalkommission hat im verflossenen Jahre nicht ganz die Höhe des Jahres vorher erreicht. Einnahmen und Ausgaben bleiben um circa 4000 Mk. zurück. Irgend welche Schlüsse auf die Finanzen und auf die Tätigkeit der Generalkommission lassen sich daraus nicht ziehen, denn die Ursachen können sehr verschieden sein. Wichtig ist jedoch die Tatsache, daß die Einnahmen an Beiträgen der Gewerkschaften im Jahre 1903 geringer sind als 1902, um so mehr, weil vom 1. Januar 1903 ab die erhöhten Beiträge in Anrechnung zu bringen sind. Die laufenden Ausgaben haben sich vermehrt, in erster Linie durch die Errichtung des Zentralarbeitssekretariats, welches im ersten Jahre einen Kostenaufwand von 6771,81 Mk. erforderte. Die aus den anderen Einrichtungen entstehenden laufenden Ausgaben betragen pro Jahr insgesamt 5000 bis 6000 Mk. Die Einnahmen betragen vom 1. April bis 31. Dezember 1902 inklusive 58028,42 Mk., Kassenbestand 129004,63 Mk., die Ausgaben 73143,80 Mk. Der Kassenbestand war am 31. Dezember 1902 55860,53 Mk. Für 1903 bilanzierten Einnahmen und Ausgaben mit 149350,31 Mk.

Hirsch-Dunckeriana.

Wer die Wahrheit kennt und spricht sie nicht, Der bleibt fürwahr ein erbärmlicher Nicht.

Im Regulator Nr. 12 wird auf unsern Artikel in Nr. 10 zu antworten versucht. Die Verlegenheit, in die sich die Herrschaften des Regulator durch ihre fortgesetzten Verleumdungen, Lügen und Verdrehungen gesetzt haben, geht aus dem Nachwerk zu deutlich hervor. Wir wollen es hier auch tiefer hängen:

Ein kleiner Unterschied. In der Nummer 10 der „Metallarbeiterzeitung“ wird abermals ein ganz hübscher Raum verwendet, um sich gegen unsere atmenmäßige Feststellung zu verteidigen, daß der Metallarbeiterverband sein Versprechen, den zu ihm übertretenden Gewerksvereinen ihre bisherige Mitgliedschaft im Gewerksverein auch im Metallarbeiterverband anzurechnen, nicht hält. Diese Verteidigung konnte angesichts unseres klar angeführten Beweises nicht stichhaltig sein. Der Metallarbeiterverband verspricht: „Der Gewerksvereiner, der zu ihm übertritt, dem wird die im Gewerksverein zugebrachte Mitgliedschaft bei ihm als Karenzzeit angerechnet.“ — Wenn nun der Metallarbeiterverband bei seinem unehrlichen Wettbewerb sein Versprechen wenigstens ehrlich halten wollte, dann hätte in dem von uns angesprochenen Fall die Verwaltungsstelle Giegnitz sagen müssen, jener Gewerksvereiner war 1 1/2 Jahr Mitglied im Gewerksverein gewesen, tritt zum Metallarbeiterverband über, — ehrlieh das Versprechen ausgelegt — er wird so behandelt, als wäre er 1 1/2 Jahr bereits beim Metallarbeiterverband gewesen. So wurde aber nicht gehandelt, er sollte erst ein Jahr Mitglied im Metallarbeiterverband sein, ehe er Rechte hatte. In dieser sophistischen Auslegung eines klaren Versprechens, darin liegt die unehrliche Handlungsweise des „großen“, „starken“, „modernen“, „zielbewußten“ Metallarbeiterverbandes. Dann zu dem kleinen Unterschied zwischen Gewerksvereiner der Maschinenbauer und Metallarbeiterverband in Beziehung auf die Rechte der Mitglieder. Jamohl! der Gewerksvereiner hat „einen“ Passus, der lautet: „Die unter 5 u. j. w. ausgeführten Unterstützungen werden in ihrer Höhe und Dauer nach dem jeweiligen Stande der Vereinskasse vom Generalrat bemessen, ohne daß jedoch den Mitgliedern ein klagbares Recht auf dieselben zusteht.“ — Aber diese „Höhe und Dauer“ der Unterstützungen wird bei uns alle drei Jahre auf unseren Delegiertentagen festgelegt und „unw“ dann bezahlt werden. Man wird in unserem ganzen Statut bei den einzelnen Unterstützungsarten vergeblich suchen, um irgendwo den unbestimmten Ausdruck zu finden „kann bezahlt werden“, wie es im Statut des Metallarbeiterverbandes bei jeder Unterstützungsart heißt. Bei uns heißt es überall, „es wird bezahlt“. Wenn die „Metallarbeiterzeitung“ den gewaltigen Unterschied nicht begriff zwischen der „bestimmten“ Unterstützung bei uns und der ganz unbestimmten Unterstützung beim Metallarbeiterverband, dann kann sie uns leid tun. Es ist eben sehr schwer zurückzugehen, wenn man einmal auf der schiefen Ebene des unklaren, unehrlichen Wettbewerbes angekommen ist. Das Wort geht heute noch: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzuehend Böses mit gebären.“

Spotten ihrer selbst! Das Zitat aus Schiller vom Fluch des Bösen paßt wie ausgemacht auf die ganze Taktik der Hirsch-Dunckerischen gegen den Metallarbeiter-Verband. Man bedenke nur, was sie in letzter Zeit alles zusammengezwängt haben! Ihr neuester Versuch der Rechtfertigung ist aber noch schöner als ihre Angriffe. Sie konstruieren sich willkürlich einen Satz, um darauf ihre Lügen und schwindelhaften Vorpiegelungen aufzubauen. Was der Metallarbeiter-Verband den übertretenden Gewerksvereinen verspricht, das steht wörtlich in Nr. 7 der Metallarbeiterzeitung. Aber der Regulator unterschlägt das konsequenti seinen Lesern. Warum? Weil er dann nicht schwindeln könnte!

Und nun gar der Versuch der Auslegung des § 2 des Hirsch-Dunckerischen Statuts von der „Höhe und Dauer“ der Unterstützungen etc. Hält denn der Regulator die Mitglieder des Gewerksvereins für Idioten? Es kann nicht anders sein! Wenn wir seine jesuitische Methode anwenden wollten, dann könnten wir mit weit plausibleren Gründen das Statut des Gewerksvereins so deuten, wie er das des Metallarbeiter-Verbandes darstellt. Man bedenke nur: alle drei Jahre stellt die Generalversammlung des Gewerksvereins die „Höhe und Dauer“ fest. Trotzdem aber bemißt sie der Generalrat „nach dem jeweiligen Stande der Vereinskasse“. Weiter: „es wird bezahlt“, und daneben: „ein klagbares Recht auf dieselben steht den Mitgliedern nicht zu“. Und

zu den Worten „es wird bezahlt“ ist es Tatsache, daß beim Gewerksverein jede Unterstützung, mit Ausnahme der Reiseunterstützung, ganz speziell in Berlin bewilligt werden muß. Und es ist kein Zufall, sondern befristet nur die Regel, daß sich in Nr. 12 des Regulator auf Seite 94 ein Bericht der II. Kommission befindet, in dem zu lesen ist:

Außerordentliche Unterstützung wird in 8 Fällen bewilligt. Wegen nicht genügender Unterlage oder sonst nicht dem Statut entsprechenden Umständen müssen 13 Anträge abgelehnt werden. Ein Besuch wird behufs Einholung weiterer Information verweigert. Überstufungsunterstützung wird in 7 Fällen bewilligt, während 2 Anträge verweigert und 2 Anträge abgelehnt werden, Arbeitslosenunterstützung wird in 27 Fällen bewilligt, 3 Anträge werden abgelehnt und 1 Antrag verweigert.

Streik oder Maßregelung. Eine Maßregelung wird anerkannt, 3 Anträge verweigert, 3 Anträge abgelehnt und 1 Antrag als Arbeitsloser behandelt.

Jamohl! Es wird bezahlt, wenn der Generalrat etwas bewilligt! Eine Klage dagegen gibt es nicht!

Wir verlangen vom Regulator keine Aufklärung über diese „Unstimmigkeiten“, wir sind weit entfernt, den Gewerksverein deshalb zu beschuldigen, daß er seine Mitglieder um die Unterstützung prellen wolle. Denn wir wissen wohl, wie es gemeint ist: genau so wie beim Metallarbeiter-Verband, nur daß die Mitglieder des Gewerksvereins selbst bei Arbeitslosigkeit noch auf die Berliner Bewilligung angewiesen sind.

Die Schwindelei der Hirsch-Dunckerischen Leitung gegenüber dem Metallarbeiter-Verband geht aber am besten aus den Summen hervor, die wir für Unterstützung bezahlen. Mag der Regulator doch diese einmal mit denen des Gewerksvereins in Vergleich stellen, dann wird sich der „kleine Unterschied“ deutlich ergeben. Da aber nicht darauf zu rechnen ist, daß er dies tun wird, so werden wir nach Erscheinen unserer Jahresabrechnung für 1903 diese Arbeit für ihn leisten. Daß wir dadurch ihn und die um ihn zu einer anderen Kampfart veranlassen könnten, glauben wir zwar nicht, weil das ihren Zwecken nicht entspricht. Sie haben sich die Zersplitterung der Arbeiterschaft als Ziel gestellt und deshalb gilt für sie der Satz:

Der Zweck heiligt die Mittel.

Aus den einzelnen Branchen.

Erklärung des Tarifamtes der Metallschläger Fürths.

In verschiedenen Nummern des Regulator sowie des Gewerksvereins (Organe des Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereins) wird über den ungeheuren Terrorismus der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes in den Tarifgemeinschaften im Schlägergewerbe Klage geführt. Unter anderem wird auch die Tarifgemeinschaft der Metallschläger von Fürth angeführt und auch hier von einem Terrorismus gesprochen. Das Tarifamt hat sich in seiner letzten Sitzung mit dieser Angelegenheit befaßt und ist zu folgendem Beschluß gekommen:

„Die am Donnerstag den 3. März cr. stattgefundene Sitzung des Tarifamtes der Metallschläger Fürths erklärt die Behauptung vom Terrorismus im Tarifamt sowie bei der vorangegangenen Bewegung und den Verhandlungen zur Tarifgemeinschaft im Metallschlägergewerbe als unwahr. Dagegen erklärt das Tarifamt, daß zu jeder Verhandlung, Sitzung u. s. w. Vertreter des Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereins hinzugezogen wurden und dieselben jederzeit sich und Stimme hatten, infolgedessen von einem Terrorismus nicht gesprochen werden kann.“

Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Fürth, den 7. März 1904. Das Tarifamt. Für die Meistervereingung: Hans Reichmann, Vorsitzender. Für den Deutschen Metallarbeiter-Verband: F. Angler, Schriftführer. Für den Hirsch-Dunckerischen Gewerksverein: Mich. Hößler, Beisitzer.

Zur Beachtung! Für die Nr. 15 bitten wir Berichte sowie Anzeigen so frühzeitig abzusenden, dass sie spätestens am 1. April, Churfreitag in unseren Händen sind. Die Redaktion.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir zur allgemeinen Kenntnis, daß von uns beabsichtigt ist, mit dem Blickenslager-Forbundet i Danmark (Dänischer Kleinver-Verband) sowie dem Dansk Former-Forbund (Dänischer Former-Verband) einen Gegenseitigkeitsvertrag abzuschließen. Da sich nun die Verhandlungen hierüber mit den genannten Verbänden immerhin noch einige Zeit hinziehen dürften, jedoch schon jetzt ein dringendes Bedürfnis zur Regelung der Frage des Übertritts und der Gewährung von Reisegeld an die Mitglieder im gegenseitigen Verkehr vorliegt, so hat der Vorstand beschlossen, die Angelegenheit vorläufig in folgender Weise zu regeln:

- 1. Mitglieder der genannten Verbände erhalten, wenn sie in Deutschland reisen, der Organisation mindestens ein Jahr angehören, ihre Beiträge bezahlt haben und mit einer Reiselegitimation versehen sind, von unseren Reisegeldzahlstellen Reisegeld nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 5 und 6 des Statuts.
2. Die in den dänischen Organisationen etwa bezogenen Reiseunterstützungen sind hierbei in Anrechnung zu bringen.
3. Die Mitgliedsbücher von den genannten Organisationen, in welche das Reisegeld jeweils einzutragen ist, verbleiben so lange im Besitz des Reisenden, bis dieser Arbeit erhalten hat. Nachdem erfolgt die Ausstellung eines Mitgliedsbuches unseres Verbandes gegen Abgabe des dänischen Buches und unter Anrechnung der bisherigen Mitgliedschaftsdauer auf die verschiedenen Karenzzeiten unseres Verbandes. Die bezogenen Unterstützungen sind hierbei ins neue Buch zu übertragen. Dieses ist außerdem mit einem entsprechenden Übertrittsvermerk, in dem das Beitrittsdatum und der Name der Organisation genau angegeben sein muß, zu versehen.
4. Die dänischen Bücher sind den Mitgliedern beim Übertritt abzunehmen und an den Vorstand, als Beleg des erfolgten Übertritts, mit der jeweiligen Quartalsabrechnung einzusenden.

Sinnlich der Arbeitslosenstatistik

erzuchen wir alle arbeitslosen Mitglieder am Orte, auch die, welche noch nicht unterstützungsberechtigt sind, sich stets bei den örtlichen Verbänden zu melden.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 8 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Gotha die Erhebung einer monatlichen Extrasteuer von 5 Pf. pro Mitglied.

Den Verwaltungsstellen in Amberg, Wilhelm a. Rhein und Arbingen die Erhebung einer monatlichen Extrasteuer von 10 Pf. pro Mitglied.

Der Verwaltungsstelle in Würbe i. B. die Erhebung einer monatlichen Extrasteuer von 20 Pf. pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 8, Abs. 8, des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Mechaniker Breuker, geb. am 16. Mai 1879 zu Weimar, Buch-Nr. 473 854; der Dreher Freund, geb. am 11. Februar 1868 zu Käferthal, Buch-Nr. 568 792; der Dreher Junczki, geb. am 14. Januar 1865 zu Königshütte, Buch-Nr. 572 749; der Hilfsarbeiter Münder, geb. am 9. September 1862 zu Krählich, Buch-Nr. 566 881, sämtliche wegen unkollegialen Verhaltens.
- Auf Antrag der Sektion der Feingoldschläger in Nürnberg: Der Feingoldschläger Georg Gändler, geb. am 4. April 1876, Buch-Nr. 338 469; der Feingoldschläger Georg Hoffhirt, geb. am 14. Okt. 1876, Buch-Nr. 422 573, beide wegen unkollegialen Verhaltens.

Nicht wieder aufnahmefähig ist:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Mechaniker Paul Schwarz, geb. am 18. August 1869 zu Beuthen, wegen unkollegialen Verhaltens.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Freising: Der Former Josef Dobmeier, geb. am 4. Februar 1866 zu Bodenmöhre;

der Former Georg Huber, geb. am ?; der Former Hans Maier, geb. zu Windelheim;

der Former Franz Obermeier, geb. am 28. Februar 1872 zu Erding;

der Former Heinrich Schauer, sämtlich wegen unkollegialen Verhaltens.

Auf Antrag der Sektion der Feingoldschläger in Nürnberg: Der Feingoldschläger Ludwig Lang, geb. am 12. Juli 1876, wegen unkollegialen Verhaltens.

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Waltershausen das frühere Mitglied Paul Liebing.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Dem Schlosser Heinrich Hatting, geb. am 28. Septbr. 1862 zu Köln, Buch-Nr. 589 749;

Dem Schlosser Willy Oberath, geb. am 13. März 1866 zu Langenberg, Buch-Nr. 663 405, nach einem von der Verwaltungsstelle in Weibert gestellten Antrag auf Ausschluß wegen Diebstahl und Logischwindelerei.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialen Gruss Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Drehern nach Verdau (Sächsische Waggonfabrik) M.;
- von Emaillearbeitern, besonders Auftragem, nach Koblenz-Neuendorf (Düsseldorfer Industrie) M.;
- von Feilenbauern nach Nürnberg (Metzel) D.;
- von Feingoldschlägern nach Dresden; nach Nürnberg (Bef. Gießstr. 3, Lub, Röllernstr. 8, Christian Schmidt, Obere Mentzer-gasse 12; Adam Singer, Bärenschänke, Jean Wies, Fürtherstr.; Michael Pfeiffer, Paradiesstr.); nach Würth (Ludwig Spiegelberger, Königswarterstr.); nach Stuttgart (Wullen) D.;
- von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Grimmitzschau (Schulze) M.; nach Elbing (Kommant) D.; nach Erfurt (Küchler) D.; nach Frankenthal (Klein, Schanglin & Becker) R.; nach Neu-Kruppin;
- von Klempnern nach Gößnitz (F. R. Müller) D.; nach Kopenhagen (Dänische Gasuhr-Fabrik);
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Groß-Berfel bei Hameln (Miemann & Abbeberger); nach Neu-Kruppin (Fahradwerke Bartel & Haupt) St.; nach Sarstedt bei Hannover (Kopf) M.;
- von Metallschlößern nach Dresden, besonders (S. Sieber in Rentavitz) D.;
- von Silberschlägern nach Schwabach (Farabacher) D.; (Sturm) St.;
- von Schlossbauern nach Heiligenhaus (Karl Kirchmann) St.;
- von Schlossern nach Sangerhausen (Barbarossawerk); nach Verdau (Sächsische Waggonfabrik) M.;
- von Schlossern und Drehern nach Friedrichsdorf (S. Schönan) M.;
- von Schlossern und Schmieden nach Fährberg bei Mellendorf (Geisenbüttel & Stache) St.;
- von Schmieden nach Verdau (Sächsische Waggonfabrik) M.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu werden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Auslieferung; D.: Differenzen; R.: Magregelung; M.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Eintragung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Klasse in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich zeitig bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Dingelstadt-Eichfeld. Die Verwaltungsstelle Mühlhausen, der die hiesigen Mitglieder angehören, hielt am 6. März eine Versammlung für Feilenhauer mit der Tagesordnung: Die Verantwortlichkeit der Feilenhauer ab. Die Versammlung war ziemlich gut besucht. Da infolge andauernder Krankheitsfälle Kollege Wolf aus Eschheim verhindert war, hatte Kollege Seehofer aus Kahl-

bas Referat übernommen. Redner führte den Anwesenden vor Augen, welchen Schäden Körper und Geist der Arbeiter infolge zu langer Arbeitszeit, niedriger Löhne und schlechter Ernährung unterworfen seien. Auch hier in Dingelstadt könnten die Arbeiter alles andere eher als zufrieden sein, denn bei Löhnen von 12, 14 und 16 Mk. sei es schwer, seinen Verpflichtungen nachzukommen und dabei ehrlich zu bleiben. In der Diskussion, die sehr lebhaft verlief, wurde konstatiert, daß der Feilenfabrikant Ufer die Feilenarbeiter davor gewarnt habe, in die Versammlung zu gehen. Auch wurde infolge Denunziation der Kollege F. entlassen. Der Denunziant wurde mit Recht von dem Zigarrenfabrikanten Schäfer als ein Schuft bezeichnet. Auf eine Anfrage, worin der Unterschied zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften bestehe, gab Kollege Seehofer die nötige Aufklärung. Kollege W. kennzeichnete die Handlungsweise der Hirsch-Dunderschen, die bei Streiks wie bei Mehlisch den Kollegen in den Rücken fallen. Auch würde der Gewerkschaften von Kapitalisten wie Dr. Max Hirsch geleitet. Hierauf meldete sich ein anwesendes Mitglied der Hirsch-Dunderschen zum Worte und führte aus, Dr. Max Hirsch sei kein Kapitalist, sondern ein Arbeiterführer. Der Metallarbeiter-Verband bediene sich schmutziger Mittel zum Mitgliederfang, indem er den zu ihm übergetretenen Mitgliedern des Gewerkschafts gleiche Rechte gewähre. Diesen Ausführungen traten Seehofer und einige andere Kollegen in gründlicher Abfertigung entgegen. Als der Zigarrenfabrikant Sch. erklärte, der Hirsch-Dundersche Gewerkschaft habe sich in seinen Augen verrufen gemacht, schrie das erwähnte Mitglied: Das ist eine Beleidigung des Gewerkschafts, das Wort nehmen Sie zurück! Um zu verhüten, daß die Versammlung hierdurch einen unliebsamen Verlauf nehmen würde, nahm Sch. die Äußerung auf Zureden zurück. Nachdem Kollege Tr. noch einige Zahlen über die Berufs-freiheiten der Feilenarbeiter vortrug, wurde folgende Resolution gegen drei Stimmen angenommen: „Die heutige Versammlung der Feilenarbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verspricht, mit aller Kraft dahin zu arbeiten, die Feilenarbeiter in Dingelstadt dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zuzuführen, da nur durch eine geschlossene, mächtige und moderne Organisation der Willkür der Unternehmer mit Erfolg entgegengetreten werden kann.“ Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten wurde die interessante und für Dingelstadt wohl erste Versammlung solcher Art geschlossen. — Nun, Kollegen von Dingelstadt, laßt euch nicht durch Drohungen des Herrn Ufer oder durch Denunziation einzelner dazu veranlassen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband den Rücken zu kehren, haltet fest und treu zu unserer Fahne. Bedenkt, daß 160 000 deutsche Metallarbeiter hinter euch stehen mit der Devise: „Alle für einen, einer für alle.“ Wenn auch jene Denunzianten einen augenblicklichen Vorteil durch ihre schwarze Tat für sich haben, so bleibt ihnen der wohlverdiente Fußtritt der Fabrikanten nicht aus. Also, Kollegen, schreitet mutig auf der betretenen Bahn vorwärts, dann ist der Sieg unsicher. „Kein Himmel kann das Feil uns jenden, es fällt aus keines Gottes Schoß, die Menschheit muß mit eigenen Händen erlösen sich ein besseres Los.“

Hamburg-Altona. Die am 13. März abgehaltene Versammlung der Sektion der Feilenhauer beschloß, die Lokalkontingierung vom 1. April an nicht mehr zu gewähren. Zur Begründung wird angeführt, daß die Leistungen des Verbandes an die Mitglieder fortwährend im Steigen begriffen sind. Andererseits sind die Pflichten der Mitglieder größere geworden, und so ist es nicht gerechtfertigt, unseren Kollegen eine Extrasteuer aufzuerlegen, um den reisenden Kollegen außer der statutengemäßen Unterstützung noch eine Extrastützung zu geben, von der die am Orte verbleibenden arbeitslosen Kollegen ausgeschlossen sind, obwohl sie auch nicht mehr bekommen als die reisenden Kollegen. Außerdem hat sich der Zweck, zu dem die lokale Reiseunterstützungskasse seinerzeit gegründet wurde, keineswegs erfüllt. Immer und immer wieder haben eine große Zahl der reisenden Kollegen, trotz der extra bezahlten Reiseunterstützung, das Umhauen nicht unterlassen, und so sehen wir uns nicht veranlaßt, etwas, was seinen Zweck nicht erfüllt, bestehen zu lassen. Wir machen unsere reisenden Kollegen also darauf aufmerksam, daß vom 1. April d. J. an in Hamburg-Altona kein Lokal-geld mehr bezahlt wird. Das Umhauen in Hamburg-Altona-Ditteln, Wandsbeck, Bergedorf und Harburg ist nach wie vor verboten. Der Arbeitsnachweis für das gesamte Gebiet ist in Hamburg, Gänsemarkt 35, 1 (Verbandsbureau). Gegen Zuwiderhandlungen werden wir unermüdlich vorgehen.

Karlruhe. In bezug auf die Firma G. Kühn, die wir in letzter Nummer erwähnt, ist zu berichten, daß bereits wieder ein Kollege amnestiert wurde. Am letzten Samstag reichten zwei Kollegen infolge eines Lohnzugs von fünf Pfennig pro Stunde ihre Kündigung ein. Wir erlauben es den Kollegen, dafür zu sorgen, daß der Zuzug von Schleifern und Feilenbauern nach dieser Fabrik ferngehalten wird.

Former.

Mugsburg. Die Firma Christ. Fischer, Eisengießerei, verzichte zu Anfang dieses Jahres ihren Formern einen Akkord zu akkordieren. Der vertraglich festgelegte Tagelohn vom 7. Sept. 1903 sollte damit jedenfalls wieder aus der Welt geschafft werden. Wir haben die Tagelohnsätze seinerzeit in Nr. 88 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht. Die vorgeschlagene Akkordverrechnung der Firma war aber demnach verlanflos, daß es in vielen Fällen hätte zu Streitigkeiten kommen müssen. In zwei Werkstattversammlungen beschäftigte man sich mit dieser Angelegenheit. In der ersten Besprechung war der Buchhalter des Betriebes, anschließend der Vater des Akkordplanes, anwesend; in der zweiten der Firmeneinhaber Herr Geisner, der Wiesenmeister, der Buchhalter und der Schwager des Firmeneinhabers. Die Firma erklärte, sie wolle unter allen Umständen an der Akkordarbeit festhalten, sie begreife nicht, warum sich die Arbeiter dagegen wehrten. Im Akkord werde doch mehr verdient. Der Geschäftsführer unseres Verbands, Kollege Bernthal, erklärte der Firma unsere Stellung, die auch deshalb eine ablehnende sein müsse, weil keinerlei Garantien für die Arbeiter und auch kein Mitbestimmungsrecht vorhanden sei. Gestützt auf gutes Material aus Tarifvereinbarungen machte er eine große Reihe Vorschläge zu einem solchen Abkommen und erklärte, daß die Arbeiter bei einer Einigung von diesen Vorschlägen nicht abgehen könnten. Die Herren betreten dann circa dreiviertel Stunden unter sich. Es wurde darauf von ihnen erklärt, daß sie ihren Standpunkt bezüglich der Akkordarbeit aufgegeben haben, bis auf Arbeiten, die schon jahrelang im Akkord gemacht werden, was ja nur ein kleiner Teil sei. Es werde wieder in Lohn gearbeitet wie zuvor, und die Säge vom 7. Oktober vorigen Jahres hätten zweifellos ihre Gültigkeit. Die Versammlung spendete lebhaften Beifall, denn unsere Forderung, nicht Akkord zu arbeiten, war durchgesetzt. Kollege Bernthal erklärte zum Schluß, daß es für die Arbeitgeber viel nützlicher sei, mit den Arbeitern zu unterhandeln. Er begrüßte es deshalb, daß Herr Geisner selbst zur Besprechung gekommen sei, denn gerade hier habe er die Wünsche der Arbeiter gehört. Auch für die übrigen Unternehmer Mugsburgs sei es gut, diesem Beispiel zu folgen. Die Kollegen forderte er auf, der Firma gegenüber ihre Mißgunst zu tun, dann werde wohl endlich einmal Ruhe in diesem Betrieb sein. Die übrigen Metallarbeiter Mugsburgs können aber wieder ersehen, was eine starke Organisation zu leisten vermag, deshalb hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Gold- und Silberarbeiter.

Berlin. Wie sich die Verhältnisse in einzelnen Betrieben geändert haben, kam in einer Versammlung zur allgemeinen Kenntnis. Unternehmern, die bisher den Schein zu wahren wußten, als wohlwollende Arbeitgeber zu gelten, haben in letzter Zeit die Mäste fallen lassen und sich auf den trappen Unternehmerrückenschritt gestellt. Zuerst die Silberwarenfabrik von Bollgold u. Sohn. Hier sind durch die schlechten Verhältnisse die Löhne in allgemeinen sehr gesunken. Bediente von 10 bis 14 Mk. pro Woche sind nicht selten. Jetzt nach Eintritt eines neuen Meisters, den sich die Firma aus Süddeutschland verschrieben hat, sind die Zustände ganz unhalt-

bar geworden. Vor allem sind dem „neuen Herrn“ die Preise noch zu hoch. Für Artikel, die bisher mit 16 Mk. bezahlt wurden, bietet er 9 Mk. u. f. w. Ferner versucht er die hier nicht übliche Teilarbeit einzuführen. Überhaupt erinnert das Auftreten dieses Herrn an die eines Sklavenhalters. Jedenfalls glaubt er sich in den afrikanischen Kolonien zu befinden, denn es ist des öfteren vorgekommen, daß er die Fabrik mit geladenem Revolver betreten hat. Weshalb, weiß er jedenfalls selbst nicht. Bisher sind die Fabrikräume noch nicht als Schießlande und die Arbeiter noch nicht als Kugelagel benutzt worden. Außerdem verlangt er von den Arbeitern die größte Benützlichkeits; zwei Minuten nach Anfang wird die Türe geschlossen. Ihm selber passiert es aber sehr häufig, daß er zu spät kommt. Die Arbeiter müssen dann vor der Türe warten, bis es dem Herrn gefällig ist zu kommen. Für die Organisation hat das Auftreten dieses Herrn den Vorteil gehabt, daß auch die letzten Kollegen, die bisher unorganisiert waren, ihr beigetreten sind. Daß eine gründliche Überrechnung zu gelegener Zeit stattfindet, dafür wird gesorgt werden. Da versucht wird, aus Süddeutschland Arbeiter heranzuziehen, so möchten wir den Kollegen raten, es sich genau zu überlegen, ob sie unter diesen Umständen bei dieser Firma in Arbeit treten können. Bei der Firmenerneuerung von Leonhardt & Fiegel haben sich die Zustände auch sehr verschlechtert. Lohnreduzierungen von drei Mark und mehr sind in letzter Zeit verschiedentlich vorgekommen. Dafür dürfen dann Überstunden gemacht werden, auch des Sonntags darf bis abends spät gearbeitet werden. Natürlich alles freiwillig. Wer aber dem Erlöschen nicht nachkommt — fliegt. Die Bezahlung der Feiertage ist auch abgeschafft worden. Mit neu eintretenden Kollegen wird tägliche Kündigung vereinbart. Um die Arbeiterinnen auch des Sonntags bis in die Nacht ausbenten zu können, werden sie den kontrollierenden Beamten als Handlungsgeschäftinnen vorgestellt. Bei dieser Firma wird leider vorläufig nicht viel zu ändern sein, da die Organisation in dieser Musterbude sehr schwach vertreten ist. Und doch sollten die Maßregelungen der letzten Zeit zu denken geben. Kollegen, die ein ganzes Menschenalter hindurch ihre beste Kraft dem Geschäft geopfert haben, werden rückwärts auf das Pflaster geworfen. Höhnisch wird ihnen der Rat gegeben, sich selbständig zu machen, und dieses, obwohl (oder weil?) die Kollegen fleißige und willige Arbeiter waren, die alles über sich ergehen ließen. Wann endlich werden die Goldarbeiter einsehen, daß es mit ihrer sogenannten Kunstfertigkeit unüberdunkellich vorbei ist, daß auch sie nur Ausbeutungssobjekte für den Unternehmer sind wie jeder andere Arbeiter, und daß sie demzufolge die Pflicht haben, sich der Organisation anzuschließen? Erst dann, aber auch nur dann, werden auch bei uns bessere menschenwürdige Verhältnisse eintreten. Also wolt ihr, daß es besser wird, dann hinein mit euch in die Organisation, ehe es zu spät ist.

Metallarbeiter.

Amberg. Wenn wir die Spalten der Metallarbeiter-Zeitung in Anspruch nehmen, so sind lediglich die Mißstände in der hiesigen Metallindustrie daran schuld. In Amberg ist die Metallindustrie vorherrschend, es kommt da hauptsächlich die Emaillewarenfabrik von Gebrüder Baumann mit 2700 Personen (1500 männliche und 1200 weibliche) in Betracht. Seit Bestehen dieses Eldorado existieren darin die denkbar schlechtesten Löhne. Akkord ist zwar nicht eingeführt, dafür werden aber Wochenlöhne bezahlt, die aller Beschreibung spotten. Die Arbeitszeit dauert von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends und ist ausschließlich der Pausen eine 10 1/2 stündige. Für 63 Stunden in der Woche erhält nun die große Mehrzahl der männlichen Arbeiter 5 bis 13 Mk. Lohn; die 13 Mk. bekommen, sind meistens schon längere Jahre bei der Firma tätig und sind verheiratet. Mit einem Verdienst von 20 Mk. kommen nur sehr wenige in Betracht — das sind Meister, Vorarbeiter und Aufseher etc. und solche Arbeiter, die schon seit Bestehen des Establishments oder nicht viel kürzer darin beschäftigt sind. Die Arbeiterinnen werden bezahlt mit 3 bis 10 Mk. wöchentlich. Die Bremier, die gewiß keine schöne Arbeit haben, müssen wöchentlich 72 Stunden fronen; sie werden bezahlt nach der „Dienstzeit“, mit 14 bis höchstens 20 Mk. Von diesen Löhnen werden noch die Kranken-, Invaliden- und, was die Hauptsache ist, die Strafgebühren abgezogen. Wenn ich sage, das Abziehen von Strafgebühren sei Hauptsache, so ist das leicht begreiflich. Darfjen doch die Aufseher, die zahlreich genug in der Fabrik herumlaufen, selbständig strafen wie es ihnen beliebt. So ist es denn kein Wunder, wenn die Aufseher, von denen die meisten von der Arbeit nichts verstehen, bei jeder Kleinigkeit strafen, um zu zeigen, daß sie nicht umsonst da sind, sondern auch etwas können. Die Herren Baumann aber scheinen oder wollen die Not ihrer Arbeiter nicht sehen, sie halten es auch jetzt bei den teuren Verhältnissen noch nicht für notwendig, ihre Arbeiter so zu entlohnen, daß sie autändig leben könnten. Sie werden jedenfalls ihrem Grundfatz weiter huldigen wollen: Im Schwelche eines Angeichtes will ich meine Millionen vermehren. Es ist den Herren noch nicht genug, daß sie es in circa 35 Jahren, seit dem kleinen Anfang des jetzigen Werkes, zu vielen Millionen gebracht haben. Dabei wird aber tüchtig Propaganda gemacht für die „Wohlfahrts-Einrichtungen“, die in diesem Establishment bestehen sollen. Die Herren möge ich nur einmal fragen, worin eigentlich die Wohlfahrts-Einrichtungen bestehen. Sollten dieselben vielleicht in dem Akkordsystem bestehen, wonach bei den Akkorden der Arbeiter und Arbeiterinnen Aufsichtsbearbeiter oder Beamten aufgestellt sind, die genau die Zeit, die zur Verrichtung der Notdurft gebraucht wird, kontrollieren und einschreiben müssen? Oder vielleicht darin, daß viele Kinder der Arbeiter betteln gehen müssen, weil die Eltern nicht genug verdienen? Schöne Wohlfahrts-Einrichtungen! Diese Zustände wurden bereits einmal in der am 10. Januar 1904 abgehaltenen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung erörtert, in welcher Kollege Geisner aus Nürnberg über „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und wie kann dieselbe verbessert werden?“ referierte. Diese Versammlung war so besucht, daß Hunderte von Menschen wieder umkehren mußten. Dies wird wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß von gegnerischer Seite alles aufgeboten wurde, die Versammlung zu sprengen. Daß dies nicht gelungen ist, bedeutete für uns einen großen Sieg, um so mehr als es die erste öffentliche Versammlung der noch jungen hiesigen freien Gewerkschaften war. Am 11. Januar konnte man dann auch die Versammlungsberichte in den hiesigen Blättern lesen, im Zentrumsblatt Amberger Volkszeitung und Amberger Tagesblatt, dem Organ der Firma Baumann. Diese Berichte waren Lug und Trug, die Tatsachen waren vollständig auf den Kopf gestellt, von Schimpfnamen wimmelte es förmlich. Da waren die freien Gewerkschaftler grüne Sozjungen, Gimpelfänger und alles mögliche. Diesen Lügen und insulanten Verleumdungen entgegenzutreten, waren wir gezwungen. Da wir in Amberg keine Presse hatten, antworteten wir mit einem Flugblatt. Auf dieses hin löste sich die Firma Baumann veranlaßt, eine Protestversammlung zu arrangieren, die am 19. Januar nach Feierabend in einem der Fabrikräume stattfand. Diese Versammlung war von ungefähr 500 Arbeitern und Arbeiterinnen, also nicht einmal von einem Fünftel der Arbeiter, besucht; sie dauerte zehn Minuten und wurde nur eine beschriebene Papierrolle vom Herrn Maschinenmeister Seidel zur Verlesung gebracht, die jedenfalls von der Zeitung der Fabrik verfaßt war. Was eigentlich diese Protestversammlung bezweckte sollte, ist bis heute dem größten Teil der Arbeiter noch unverständlich. Die Blamage hätte sich der Fabrikräume ersparen können, es wäre besser gewesen, die angeführten Mißstände wären abgeklärt worden und es würde ein besserer Lohn bezahlt. Sind nun die Verhältnisse in der Fabrik trauriger, so ist es aber nicht minder traurig, daß die Arbeiter sie noch begünstigen, indem sie ruhig stehen und sich alles gefallen lassen. Statt Schritte zu unternehmen, ihre Lohnverhältnisse zu verbessern. Ja, Kollegen, täglich höre ich welche von euch klagen, es würde zu wenig verdient, die Frau und Kinder müßten den ganzen Tag mit in die Fabrik, um nur halbwegs ein Auskommen zu haben. Aber so lange ihr nichts dagegen tut, wird es auch niemals anders werden. Macht endlich einmal auf, organisiert euch, greift zur Selbsthilfe, denn eine Partei zwischen Kapital und Arbeit ist nicht möglich, das steht ihr bei eurer Firma Gebr. Baumann, bei der die Wälder wie Nisse aus der Erde wachsen, die bereits ein ganzes Viertel der Stadt Amberg ihr Eigentum nennt, die ihre Fabriken fortwährend vergrößert.

die nicht mehr weiß, wo sie ihr Geld hinstun soll. Das alles, Kollegen, haben die Herren von euch. Da es nun aber ausgeschlossen ist, daß Hilfe von anderswo herkommt, möchte ich euch zurufen: Organisiert euch, tretet Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei, scheuet nicht wöchentlich die 40 Pf. Beitrag, ihr werdet sehen, daß es bald anders wird.

Amberg. Am 28. Februar fand im Saale der Restauration Maximilian eine allgemeine Metallarbeiterversammlung statt. Das Bureau, um das sich in der letzten Gewerkschaftsversammlung ein lebhafter Wettbewerb von Seiten der Christlichen entpinnen hatte, wurde diesmal anstandslos den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes überlassen. Kollege Enkner referierte in einer 1 1/2 stündigen Rede über „Nutzen und Wert der Organisation“. Redner schilderte den hohen Wert der Tarifverträge, den Nutzen der Arbeitslosen-, Heise- und Krankenunterstützung, sowie die Vorteile der Arbeiterssekretariate und die Gewährung des unentgeltlichen Rechtsschutzes. Auch das Affordsystem und die Lehrlingszucht unterzog Redner einer kritischen Beleuchtung. Nachdem Enkner es noch als erstrebenswert für die Arbeiter bezeichnet hatte, die Arbeitsnachweise in den Händen der organisierten Arbeiterschaft zu wissen, schloß er mit einer Aufforderung zum Beitritt in den Verband. Seine trefflichen Ausführungen brachten ihm den allseitigen Beifall der von zirka 250 Personen besuchten Versammlung ein. Trotz mehrmaliger Aufforderung meldete sich niemand zum Worte. Die imposante Versammlung hat schlagend bewiesen, wer in der letzten Gewerkschaftsversammlung die Madenbrüder waren, von denen die Volkszeitung damals schrieb. Zur selben Zeit, in der nämlich unsere Versammlung tagte, fand im Gelsenhaus eine Zentrumsversammlung statt, wo die christlichen Arbeiterfreunde nicht fehlen durften.

Bremen. In der Dreherei der Norddeutschen Armaturenfabrik werden seit kurzem Abzüge gemacht, die man bis heute noch in keinem Betrieb gefannt hat. Diese Abzüge sind nicht nur nicht mit der Arbeitsordnung zu vereinbaren, sondern direkt ungesetzlich. In der Arbeitsordnung der Armaturenfabrik heißt es im § 16: „Bei seinem Abgang hat der Arbeiter das ihm übergebene Werkzeug abzuliefern beziehungsweise jedes etwa fehlende Stück zu ersetzen.“ So lange also ein Arbeiter auf der Armaturenfabrik beschäftigt ist, hat der Ingenieur kein Recht, fehlende oder kaputt gegangene Werkzeuge in Abzug zu bringen. Nun sollen aber eine Reihe Abzüge an Betrag bis zu 22 Mk. für Werkzeuge gemacht werden. Damit die Arbeiter aber nicht sagen können, die Firma sei nicht loyal, soll in Raten von 1 und 2 Mk. pro Woche abgezogen werden. Das unerhörteste ist, daß man sogar den Lehrlingen, die die Stunde 5 und 6 Pf. bekommen, die etwa fehlenden Werkzeuge ebenfalls in Abzug bringen will. Wie gerecht dabei verfahren wird, mag folgender Fall beweisen: Einem Lehrling war der Hammer abhanden gekommen, wofür 250 Mk. angeschrieben wurden. Nach kurzer Zeit kommt der Lehrling mit dem Hammer: „Herr K., ich habe den Hammer wieder gefunden.“ „Das gibt es nicht“, sagte Herr K., „was geschrieben steht, steht geschrieben und wird abgezogen“ u. s. w. Die Hauptschuld soll nur in der Werkzeugausgabe liegen, darunter kann man aber doch nicht alle Arbeiter büßen lassen. Auch fehlt es dem Meister W. an dem nötigen Rückgrat. Nicht die Arbeiter, wohl aber einzelne Meister scheinen eine Heidenangst zu haben, wenn der Herr Ingenieur kommt. Immer „Ja, ja, ja!“ Oft muß eine Arbeit drei- bis viermal auf die Bank genommen werden, weil die Angaben falsch waren. Auch könnte die Arbeit in der Dreherei besser eingeteilt werden. Da werden nun, um ein Beispiel herauszugreifen, auf einer großen Planbank kleine Hebel gemacht, eine Einrichtung, die nicht nur für den betreffenden Arbeiter, sondern auch für die Firma von großem Nachteil ist. Auch eine bessere Behandlung durch den Herrn Ingenieur könnte im Interesse des sozialen Friedens von Vorteil sein.

Bunzlau. Auf welche lägenhafte Art sich die Ditsche brüsten. Im Regulator Nr. 11 wird von hier geschrieben, daß wir die Sperre bei Wiesner gebrochen hätten. Bei der Firma Wiesner waren anfangs dieses Jahres mit den Affordschloßern Differenzen ausgebrochen, worauf beschlossen worden ist, die Sperre zu verhängen. Es waren auch sieben Verbandskollegen und ein Gewerksvereiner gemäßigert worden. Unser Bezirksleiter Schlegel empfahl damals, die Sperre gehen zu lassen und nicht zu veröffentlichen. Das ist auch bis dato geschehen. Dem Berichterstatter des Regulator scheint es aber auf eine Lüge mehr oder weniger nicht anzukommen. Denn es ist nicht wahr, daß mehrere Verbandskollegen zu arbeiten angefangen haben. Tatsache ist, daß ein Modellschlosser, der mit dieser Sache nichts zu tun hat, anfing. Die Sache ist folgende: Zur Zeit der Werkstattversammlung, wo die Gemäßigerten noch in Arbeitsverhältnis standen, wurde eine Kommission von drei Schlossern gewählt. Der Schlossermeister äußerte zu diesen, daß er einen Modellschlosser suche, ob niemand etwas dagegen zu sagen hätte. Da erwiderte Kollege Glener (langjähriger Gewerksvereiner): „Da könnte ja eine Ausnahme gemacht werden.“ Das bezeugt Glener selbst. Da der Eingekerkerte gerade ein Verbandskollege ist, so heißt es, wir hätten die Sperre gebrochen; wenn es ein Gewerksvereiner wäre, hätte es gewiß nichts geschadet. Sollte der Modellschlosser Afford oder die betreffende Affordarbeit in Schicht machen, was überhaupt keine Arbeit für Modellschlosser ist, so wissen wir von selbst, was wir zu tun und zu lassen haben. Lächerlich ist übrigens die Bemerkung des Berichterstatters des Regulator, wir wollten die Gewerksvereiner „tausgrauben“ (von uns sind sieben, vom Gewerksverein ein Mann gemäßigert worden). Da kann wohl von Grauben nicht die Rede sein. Der Berichterstatter des Regulator ist drei Wochen nach unserer Maßregelung entlassen worden und scheint sich extra zu ärgern, daß ihm auch das Schicksal wie uns widerfahren ist. Was die Formiere betrifft, kann ich ihm noch mitteilen, wenn er es nicht weiß oder ein schlechtes Gedächtnis hat, daß bis jetzt die Sperre von keiner Seite verhängt worden ist. Der Schreiber des Regulator möge sich nur hüten, noch weiter solche Unwahrscheinlichkeiten zu verbreiten, sonst kann es ihm passieren, daß er mit seinen eigenen Vereinskollegen in Konflikt gerät.

Dinklage. Im Oktober 1903 wurde die Firma B. Holtzhaus in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, und seit der Zeit ist das Verhältnis ein sehr gespanntes geworden. Es arbeiten da zirka 300 Mann, Schlosser, Dreher, Formner, Tischler, Schmiede und Hilfsarbeiter. In sämtlichen Abteilungen mit Ausnahme der Gießerei herrscht das Affordsystem. Die Affordsätze sind so niedrig gesetzt, daß die Arbeiter bei äußerster Anstrengung ihrer Arbeitskraft kaum den Taglohn verdienen. Die Tagelöhne für Schlosser betragen 20 bis 28 Pf. pro Stunde, bei den Formnern 30 bis 32 Pf. Die Arbeitszeit ist elf Stunden täglich. Deshalb haben es viele organisierte Kollegen vorgezogen, Dinklage den Rücken zu kehren. Der Wechsel ist seit Weihnachten ein sehr harter, so daß die Bude die Bezeichnung Taubenschlag wohl verdient. Die Handlungsweise des Formnermeisters Engels verdient gerügt zu werden. Früher war er kein Feind der Organisation, aber heute drückt er die organisierten Kollegen auf jede mögliche Art und Weise, sie werden hinausgeeeft. Kurz vor Weihnachten hatte ein Kollege ein Klagge gegen die Firma wegen seiner Entlassung. Meister Engels war Stellvertreter der Firma. Der Amtsrichter sagte dem Kollegen, ob er auch Geld hätte, einen Prozeß zu führen. Da gebrauchte Meister Engels die Worte: „Das wird von den sauren verdienten Arbeitergroßchen bezahlt.“ Auch das Schmarohertum sieht hier sehr in Blüte. Einem Guspuker war es gelungen, sich dem Namen nach als Vorarbeiter zu rühmen, hatte aber sonst nichts zu melden. Da er die Kollegen anschnauzte, wurde er von einem Kollegen darüber zur Rede gestellt. Es entstand ein Wortwechsel, der in Tätlichkeiten ausartete. Gleich war Engels bei dem Kollegen, faßte ihn an der Gurgel, warf ihn ohne den Grund der Sachlage festzustellen, aus der Bude hinaus. So hatte es Engels erreicht, wieder einmal einen „Heher“ und „Aufwiegler“ los zu sein. Am Abend des folgenden Tages kam Engels und rief in der Bude: „Jetzt ist gleich Freitagabend, wer Lust hat, sich jetzt mit mir zu schlagen, kann mit hinauskommen.“ Dabei provozierte er die Kollegen in geschäftlicher Weise. Aber die Kollegen ließen sich durch diese Frechheit nicht hinreißen. Unseres Erachtens wäre es im Interesse der Werkleitung, dem Meister Engels Fugel

anzulegen. Von der Fabrik selbst ist noch zu bemerken: Mit Ausnahme der Gießerei sind es lauter neue Gebäude. Daß bei dem Neubau nicht an die Arbeiter gedacht wurde, zeigt sich daran, daß keine Wasch- und Badeeinrichtung vorhanden ist. In der Gießerei wird die Ventilation durch Kaputte Fensterreihen und Öffnungen der Türen bewirkt. Hier wäre für den Gewerbeinspektor ein dankbares Arbeitsfeld. Die Firma hat auch Arbeiterwohnungen. Auf welche Weise sie die Arbeiter damit an das Werk stellt, darüber folgendes: Die Arbeiter der Fabriklokation wurden füglich mit einem sogenannten „Mietkontrakt“ bedacht. Dieser „Kontrakt“ ist eigentlich kein Kontrakt, sondern ein selbstherrliches Dekret, das deutlich die Absicht verrät, die Arbeiter wirtschaftlich und politisch inerhört zu knechten und sie der Gnade und Ungnade der „Herrn im Hause“ ohne weiteres auszuliefern. Einige Bestimmungen: 1. Für Reparaturen bis zu 10 Mk. hat der Mieter aufzukommen. 2. Will der Mieter die Wohnung verlassen, hat er ortsüblich ein halbes Jahr vorher zu kündigen. 3. Laßt sich der Mieter auf irgend eine Art etwas zu schulden kommen, sei es infolge Streitigkeiten oder sonstiger Verträge, die eine Lösung des Arbeitsverhältnisses bedingen, so hat derselbe auch am Tage, wo das Arbeitsverhältnis aufhört, die Wohnung zu verlassen. 4. Bricht ein Streik aus und der Mieter beteiligt sich daran, so hat derselbe innerhalb 24 Stunden die Wohnung zu räumen. — Dies einige Stichproben von dieser Art Arbeiterfärgerei. Sie werden sicher genügen, um ein vernichtendes Urteil über sie zu fällen. Es ist einfach ein Skandal, den Arbeitern so etwas zu bieten. Danach sind die Arbeiter keine 24 Stunden sicher in ihrer Wohnung. Wenn ein Arbeiter, was zu den Alltagsigkeiten gehört, sofort entlassen wird, dann findet er sich ebends mit seiner Familie obdachlos auf der Straße gefest. Gegeu solche brutale Gewalt erscheinen unsere berechtigten Hausgenossen als die reinsten Engel. Selbstredend haben sämtliche mit dem Kontrakt bedachten Arbeiter ihre Unterschrift verweigert; selbst „freundliches Zureden“ soll nichts gefuchtet haben. Es verlohnt sich, über die Wohnungen selbst noch etwas mitzuteilen. Die Dächer sind mit Falzriegel Nr. 3 gedeckt, die Deckung ist mitunter so primitiv, daß bei Schneeeisober der Schnee manchmal einen halben Fuß hoch auf dem Hauseisober liegt. Da der Boden nur aus halbzölligen Kammern besteht, ist es erklärlich, daß der Schnee beim Schmelzen durch die Stubendecken sickert und in die Stuben tröpfelt. Die Ketten müssen oft von einer Ecke in die andere gefest werden, um vor dem Verderben geschützt zu werden, denn sie durch die Nässe ausgefressen sind. Die Keller sind oft mit einem halben Meter hohem Wasser angelaufen, und Wände und Dächer werden nicht immer Schutz gegen Regen und Schneeeisober. Zum Überflut muß der Mieter beim Gange in die Wohnungen manches erst machen lassen, um diese in einen wohnlichen Zustand zu versetzen. Es ist Zeit, daß sich die Arbeiter mehr um ihre Lage bekümmern. Dieses Bild von der famosen Fabrikwohnungen sagt doch wahrlich genug. Es ist dieses Monstrum von Kontrakt einfach ungesetzlich; moralisch verdient er volle Verachtung. Aus vorstehendem ist zu ersehen, daß die Verhältnisse in Dinklage nicht die rosigsten sind. Wir eruchen die Kollegen, dieses Eldorado zu meiden und auch nicht auf Zinsrate hineinzufallen, in denen die Firma Schlosser, Formner, Tischler u. s. w. sucht. Den uns fernstehenden Kollegen rufen wir zu: Ginein in die Organisation, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, denn nur durch eine straffe Organisation können wir eine bessere Lebenslage erreichen.

Düsseldorf. In der Berichtigung, die wir in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten, gaben wir der Meinung Ausdruck, daß die „Christlichen“ nicht versehen würden, dieses Vorkommnis für ihre Zwecke auszunutzen. Dies ist inzwischen geschehen. In Nr. 6 des „christlichen“ Verbandsorgans schreibt unser lieber Freund, Herr Jakob Winter, einen Artikel unter der Überschrift: „Der Wahrheit die Ehre“. Wir waren von Winter schon verschiedenes gewohnt, es ist ihm absolut unmöglich, mit uns zu polemisieren, ohne die öbsten Schimpfereien und Verdächtigungen gegen uns vom Stapel zu lassen. Eine derartige „Blanzleistung“ hätten wir aber selbst bei Winter nicht für möglich gehalten. Er hat den Beschäftigten nachweis als Redakteur des Vergnappens glänzend erbracht. Folgende keine Blütensätze aus dem Wahrheitsartikel möchten wir unseren Kollegen nicht vorenthalten: „Lüge“, „dieselbe Lüge“, „dummdreiß“, „Lüge“, „bodenlos frechheit“, „Lügner“, „freche Gesellschaft“, „der freche Schreiber“, „Lügner“, „Lügner und Verläumber“, „wirklicher Lügner“, „Frechheit“, „größte Fregeleien“, „Lügner und Verleumder“, „Lügner“, „schwer gelogen“, „schwer belogen“, „Lügengepinnnt“, „belogen“, „frech“, „Lügengruub“. Gott jegne die christliche Arbeit! dachten wir nach dem Lesen dieser christlichen Spille. Es geht nichts über christliche Moral und Sittenlehre, christlichen Anstand und christliche Polemik. Wenn August Brunt den Artikel zu Gesicht bekommen hat, wird er beschämt gehen müssen: Da hast du einen Konkurrenten bekommen, der dir gemachten ist und der dich überflügelt wird. Zur Sache selbst führen wir noch folgendes an. Jedem, der im öffentlichen Leben steht, kann es passieren, daß er einmal in einer Sache falsch informiert wird, daß ihn in entscheidenden Momenten seine Gewährsmänner im Stich lassen. Das ist uns in diesem Falle passiert, genau wie seinerzeit Winter bei der Versammlung in Bilk. Unser Gewährsmann ist abgereist, seine Angaben haben sich als falsch erwiesen. Daß wir im besten Glauben gehandelt, ist selbstverständlich. Wir haben unserem Gewährsmann mehr geglaubt als Winter, weil wir letzterem schon verschiedentlich Unwahrscheinlichkeiten nachzuweisen in der Lage waren. Daß wir in gutem Glauben handelten, weiß übrigens niemand besser als Winter. Es wurde in der Werkstattbesprechung festgestellt, daß man uns falsch berichtet hatte. Er hat aber ein Interesse daran, uns nach Möglichkeit herunterzureißen, das ist „christlich“. Man fragt sich: wie ist es möglich, daß Leute, die den ganzen Tag das Christentum im Munde führen und die christlichen Grundsätze predigen, im nächsten Moment einen Ton anschlagen, der bei den schimmigen Heiden nicht üblich ist. Man entwirft sich mit frommem Augenanschlag über den Dresdener Parteitag, aber Debatten à la Brust und Winter wurden in Dresden nicht gepflogen. Winter behauptet: Jäfer sei bodenlos frech, und zur selben Stunde schreibt er ihm eine Karte mit der Überschrift: „Werter Kollege“ und der Unterschrift: „Mit freundlichem Gruß J. Winter“. Einen Menschen, den man für einen bodenlos frechen Lügner hält, betrachtet man nicht als Kollegen, wenigstens nicht in unseren Kreisen. Wir beneiden unsere Kollegen in Norddeutschland u. s. w., die mit dieser — um auch einmal im Tone Winters zu reden — frechen Gesellschaft nichts zu schaffen haben.

Düsseldorf. Eine Weltfirma ist die Werkzeugmaschinenfabrik von Ernst Schieß. Ihre Erzeugnisse sind rühmlichst bekannt, und wenn man die imposanten Fabrikgebäude an der Kölner Straße sieht, sollte man meinen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei Schieß den modernen Anforderungen entsprechen. Aber nichts von alledem. Bei Schieß werden die niedrigsten Löhne in Düsseldorf bezahlt. Der Stundenlohn für Schlosser beträgt 26 bis 35 Pf. Selbstverständlich wird in Afford gearbeitet. Der Monteur übernimmt den Afford und wenn dieser fertig ist, bekommt der Schlosser 1 bis 3 Pf. pro Stunde als Überschub in die Hand gedrückt; was der Monteur bekommt, wie hoch die Arbeit kalkuliert ist, das erfährt er nicht. In vielen Fällen bekommt er auch gar nichts. Die Meister versehen sich auf die Autreiberei ganz vorzüglich. Besonders leidet Meister Jergiebel hierin hervorragendes. In der Dreherei sind die Verhältnisse nicht viel besser. Die Affordpreise sind auch hier in den letzten Jahren fortwährend herabgedrückt worden. Daß unter diesen Umständen der Betrieb sich nach und nach zum Taubenschlag entwickelt hat, ist nicht verwunderlich. Es geht ein und aus in großer Regelmäßigkeit. In Dortmund, Obermünch und anderen Orten sucht die Firma fortwährend Arbeiter, aber schwer enttäuscht ziehen die meisten Hereingefallenen nach kurzer Zeit wieder von dannen. Düsseldorf ist eine der teuersten Städte Deutschlands. Ein lediger Arbeiter muß 12 bis 13 Mk. pro Woche für Kost und Logis zahlen. Eine Wohnung von drei Räumen kostet durchschnittlich 400 Mk. pro Jahr. Was fangt man da an mit 28 und 30 Pf. pro Stunde? Der Inhaber der Fabrik, Herr Kommerzienrat Ernst Schieß, ist unter den rheinisch-westfälischen Scharfmachern eine sehr bekannte Per-

sönlichkeit. Dem Düsseldorf Stadtparlament gehört er auch an. Als im vorigen Jahre in dieser Körperschaft über die Unrentabilität der hiesigen städtischen Straßenbahn debattiert wurde, wollte Herr Schieß diese Unrentabilität dadurch befeitigt wissen, daß am „Lohnkonto“ geparkt werde. Genau wie in seiner Fabrik. Natürlich nicht am Lohnkonto der Direktoren, Ingenieure u. s. w., sondern am Lohnkonto der Schaffner und Wagenführer, die eine Lohnaufbesserung dringlich nötig hätten. Analog der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist die Organisation der Arbeiter bei Schieß eine sehr schlechte. Wiederholte Versuche unseres Verbandes, die Arbeiter zu organisieren, sind gescheitert. Von den zirka 80 Drehern sind etwa 15 organisiert. Bei den Schlossern ist das Verhältnis noch schlechter. Nur die Formner, Kernmacher und Modellschreiner gehören der Organisation an. Wenn auch in diesen Betrieben die Verhältnisse noch viel zu wünschen übrig lassen, trotz der verhältnismäßig guten Organisation, so ist der kolossale Indifferentismus der Schlosser und Dreher hier mit schuld. Immerhin haben sich die Formner, Kernmacher und Modellschreiner schon wiederholt mit Erfolg gegen die Übergriffe der Firma gewehrt. Aber seien wir nicht ungerecht, auch von den Schlossern und Drehern ist ein großer Teil organisiert im — Fabrikfangverein, und wer bei Schieß seine Lage verbessern will, der gehe hin und — singe. Wäre Zungen behaupten allerdings, daß im Gefangenein das Schmarohertum gezüchtet werde und dieses darum bei Schieß in üppigster Blüte stehe. Aber das macht nichts, die meisten handeln eben nach dem Grundsatz: Ich bin ein „freier“ Mann und singe das schöne Lied von der Harmonie zwischen Arbeitern, Meistern und Direktoren. Unsere Kollegen an anderen Orten wollen sich diese Verhältnisse vor Augen führen, wenn sie die verlockenden Zinsrate der Firma zu Gesicht bekommen. Wer keinen schönen Zensor findet und nicht ein schmiegames Rückgrat hat, verzichte lieber auf den Eintritt in das Eldorado.

Gewelsberg. Wir müssen die Spalten dieser Zeitung wieder in Anspruch nehmen, um die Zustände in hiesigen Betrieben zu kritisieren. Schon in Nr. 9 haben wir einige dieser Missetate kritisiert. Wir können vorläufig mit dem erzielten Resultat zufrieden sein. Eine dieser Firmen hat sich dadurch bemüht gefühlt, ein Unterküchen zu befechtigen, eine andere hat eingesehen, daß die Strafen doch etwas zu hoch waren. Aber was hat das Gros der hiesigen Metallarbeiter eingesehen? Nichts. Sie schweigen und stecken schamlos die Groschen, die die Organisation durch Veröffentlichung solcher Missetate für sie erkämpft, ein, anstatt daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. In den meisten Fabriken ist keine geregelte Arbeitszeit, und wo dieses der Fall ist, wird meistens 11 Stunden pro Tag gearbeitet. Doch damit scheinen viele hiesige Metallarbeiter noch nicht zufrieden zu sein, und so wird planlos darauf losgeschuftet, ohne Rücksicht auf ihre Familie und ihre Gesundheit. Es ist keine Seltenheit, daß hier 16 bis 17 Stunden pro Tag gearbeitet wird. Steht man einmal mittags an einer Fabrik und betrachtet die Gestalten, die aus den modernen Fuchshäuten herauswanken, so muß man unwillkürlich denken: Wann wird man hier in Gewelsberg zur Bestimmung kommen. Denken die Kollegen nicht an die Stunde, wo ihre Arbeitskraft verbraucht ist und was dann kommt? Wenn die Kollegen meinen, daß die, für die sie Tag und Nacht schufteten ihnen das, wenn ihre Arbeitskraft frühzeitig verbraucht ist, gedanken werden, so befinden sie sich auf schiefer Ebene. Das haben schon Tausende zu ihrem Schaden erfahren, aber leider zu spät. Die Kollegen täten besser, mit denen, die dieses bereits begriffen haben, Schulter an Schulter zu kämpfen für die Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes, als daß sie in ohnmächtiger Mut die Fäuste in der Tasche halten. Denn nur durch den Zusammenschluß der Masse kann man dem Kapitalismus etwas abtrotzen, nicht durch Schöpfung mit den Vorgelegten, es hier noch vielfach Müs ist. Auch für den Gewerbeinspektor ist hier Arbeit die schwere Menge. Bei der Firma Lickerhof (Eisen- und Stahlwerk) ist es nicht zu vermeiden, bei Veräugung des Ubers mit Arbeiterinnen in Verührung zu kommen. Die Behandlung der Arbeiter ist unter aller Kanone. Der Formnermeister sucht in punkto Sachkenntnis seinesgleichen. Als er vor ein paar Tagen ein Gipsmuster gießen sollte, waren alle Formner so gespannt als wie ein Regenwurm. Der Gips wurde, da er zu dick zum Laufen war, hineingebnet. Ob der Meister früher der Bäckergunft angehört hat, entzieht sich unserer Kenntnis, aber auf jeden Fall hat er eine große Fertigkeit im Gipsnetzen an den Tag gelegt. — Lickerhof jr. hätte nach Ansicht der Arbeiter besser getan, wenn er des Königs Hut anbehalten hätte. Oder hat er es sich zur Pflicht gemacht, die jungen Leute schon jetzt an den Unteroffiziersposten zu gewöhnen, um die überflüssigen Unteroffiziere vor Herovostität zu bewahren? Was diese Firma ihren Arbeitern alles zu bieten sich erdreistet, ist kaum zu glauben. Müßten da neulich zwei Maschinenformner ein neues Muster probieren, und als sie einen Tag probiert und nichts verdient hatten, erhielten sie nach langem Feilschen 20 Pf. pro Mann vergütet. Ein Kommentar dazu ist nicht notwendig. Den dortigen Kollegen aber rufen wir zu: Haltet fest an der Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, dann ist die Zeit nicht mehr fern, wo wir auch mit dieser Firma abrechnen werden.

Kottbus. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung, die am 12. März in der Metz abgehalten wurde, sprach Kollege S. Koch über die Bedeutung des Unfallversicherungsgesetzes für die Arbeiter. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. In verschiedenen wurde betont, daß es Pflicht des hiesigen Kartells sei, bald für ein Unterkommen für die zureichenden organisierten Arbeiter zu sorgen, da hier in der inneren Stadt absolut keine Räumlichkeiten für eine Herberge zu bekommen sind. Die bis vor kurzem bestandene Herberge bei West ist, weil unzureichend, von der Polizei verboten und daher geschlossen worden. Man ist jetzt dem Gedanken näher getreten, ein eigenes Gewerkschaftshaus zu errichten. Dieser Plan soll in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung näher erörtert werden.

Kottbus. Der Schlosser K. klagte gegen den Geschäftsführer Bartels der hiesigen Schraubenfabrik wegen kündigungloser Entlassung. Er war von B. engagiert worden und sollte am Montag den 29. Februar, nachmittags 2 Uhr, antreten. Da er aber infolge einer Verletzung an der Hand vom Arzte erst für Dienstag den 1. März, als er arbeitsfähig geschrieben wurde, so verzögerte sich der Arbeitgeber, trotz vorher erfolgter Entschuldigun, ihn am Dienstag früh, als er zur Arbeit erschien, einzustellen. Der Herr B. vertrat schon im ersten Termin am 7. März den Unternehmenshauptpunkt: „Ich verlange von meinen Leuten unbedingten Gehorsam.“ Er ließ sich auch zu einer Beleidigung gegen den Kläger hinziehen, daß er es darauf ansehe, nicht eingekerkert zu werden, und dann jeden Arbeitgeber verklage. Dies sei in Kürze der zweite Fall. Er beantragte Abweisung des Klägers. Das Gericht wies den Kläger aus folgenden Gründen ab: In der Werkstatt des Beklagten hänge eine Arbeitsordnung aus, nach welcher jede Kündigungsfrist ausgeschlossen sei. Dies sei für beide Teile verbindlich. (Der Kläger hatte keine Abnung von der anhängenden Arbeitsordnung, da er diese nie gesehen hatte und ihm auch keine Arbeitsordnung eingehändigt worden war.) Trotzdem sich Kläger auf § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs berief, daß da er krankheitshalber nicht Montag mittag, sondern Dienstag früh die Arbeit antreten konnte, dies kein Entlassungsgrund sei, wies ihn das Gericht ab. Das Gewerbegericht hat hiermit einen Standpunkt eingenommen, der jeder rechtlichen Grundlage entbehrt und schon der Konsequenz wegen nicht aufrecht erhalten werden kann. Der Herr Vorsitzende des Gewerbegerichtes, Herr Stadtrat Reichhelm, ist erst seit kurzer Zeit in diesem Ressort tätig. Dieser Umstand und ferner die Tatsache, daß er in zahlreichen anderen Reports beschäftigt ist, muß ihm deshalb als Entschuldigun gerechnet werden, daß er das ziemlich umfangreiche Gebiet des Arbeits- und Dienstvertrags noch nicht so sicher beherrschen kann.

Leunwerder. Auf die Korrespondenz aus Begeßel in Nr. 9 erhalten wir von der Ortsverwaltung Leunwerder des Werkstattvereiner-Verbandes eine Zuschrift. In dieser wird ausgeführt, es sei zutreffend, daß auf die Sammelliste W.'s nichts gezeichnet wurde. Als Grund dafür wird angegeben, daß man nicht mit der Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes Rücksprache genommen und entgegen dem

fontigen Brauch Leute mit dem Sammeln betraut habe, die erst ein paar Tage im Betrieb beschäftigt waren. Die Nacht am Rhein-Sänger seien nicht Mitglieder des Werftarbeiter-Verbandes.

Mühlhausen i. G. Troß der circa 12000 Metallarbeiter am hiesigen Werke fristet die Organisation ein kümmerliches Dasein. Bis jetzt zählen wir ganze 110 Verbandsmitglieder. Schon verschiedene Male und mit allen möglichen Mitteln sind wir aus Wert gegangen, aber nie hatten wir einen nennenswerten Erfolg zu verzeichnen. Und doch ist es in keiner Stadt Süddeutschlands mit den Arbeitsverhältnissen so miserabel bestellt wie bei uns. Wir hatten auf den 24. Februar eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einberufen. Als wir den Saal betraten, sahen wir, daß, ja, und schreie, 65 Mann es für gut befanden hatten, zu erscheinen. Genosse Wessl referierte über: „Die Lage der Metallarbeiter und die Mißstände.“ Er kritisierte das Gebahren der Unternehmer gegen die Arbeiter. Besonders aber die Mißstände in dem größten hiesigen Geschäft, der Esslinger Maschinenbaugesellschaft. Man trifft hier Schloffer von 18 bis 25 Jahren bei einem Tagelohn von 1,80 Mk. bis höchstens 2,80 Mk. Doch ein solcher Lohn auch für die bescheidensten Bedürfnisse nicht hinreichend, braucht wohl nicht betont zu werden. In der Esslinger und Formerei ist es ebenso. Auch die Lehrlings-Unterricht findet hier im höchsten Maßstab statt. Wer aber glaubt, die Lehrlinge seien nach altem Brauch dazu da, ein Handwerk zu lernen, der täme bei den Direktoren gut an. Die Lehrlinge kommen zuerst ein halbes Jahr in die Gusspumpenwerkstatt und haben hier die Aufgabe, die frischgeschlossenen Maschinenstücke vom Formsaß zu befreien. Für diese Arbeit werden sie mit 40 Pf. pro Tag entlohnt. Kommt dann ein solcher Lehrling in eine Kolonne, so bleibt er wieder ein halbes Jahr Karrenschieber. Ein Stück Werkzeug bekommt er überhaupt im ersten Jahre kaum zu sehen. Die anderen zwei Jahre arbeitet er dann immer auf einem Artikel, so daß er nur Spezialarbeiter, niemals aber ein Handwerker wird. Daß sich ein auf diese Art ausgebildeter Arbeiter nicht in ein anderes Geschäft wagt, ist selbstverständlich, und deshalb ist es den Direktoren dieser Firma auch möglich, die Löhne auf einen solchen Stand, wie angeführt, herabzubringen. Es sei hier noch erwähnt, daß in der Gusspumpenwerkstatt früher Leute mit 2,40 Mk. bis 2,80 Mk. beschäftigt waren. Die Lehrlinge werden also gegen ihre Väter als Lohnrücker benützt. Bei dieser Firma „herrscht“ auch ein Arbeiterauschub, der aber keine Aufgabe in keiner Weise erfüllt. Wie ganz anders wäre dies aber, wenn hinter dem Arbeiterauschub eine starke Organisation stehen würde; dann würde er das Interesse der Arbeiter mit aller Entschiedenheit vertreten können. Es ist hier auch das „Schützen“-System eingeführt, das bekanntlich nur dazu da ist, um den Arbeitern auch das letzte Mark aus den Knochen zu saugen. Der Schütze erhält bei der Prämienverteilung den Vorrang, was ihn natürlich anspricht, die Arbeitskraft der Arbeiter und Lehrlinge aufs äußerste auszubehnten. Ein ganzer Troß von Meistern und Untermeistern, die den ganzen Tag wie Blutvampire auf der Lauer liegen, hilft bei dieser Ausbeutung mit. Statt daß man aber wie in vielen andern Geschäften den tüchtigsten und erfahrensten Arbeiter zum Meister ernannt, nimmt man hier die Kreatur dazu, die am schneidigsten auftritt, das heißt der beste Lohnrücker und Schweißtreiber ist und mit den gemeinsten Schimpfwörtern um sich wirft. Auch in punkto Schutzvorrichtungen und Reinlichkeit wird vielfach gesündigt. Es soll schon vorgekommen sein, daß man die Aborte infolge Überhandnehmens der Wanzeln niederbrennen mußte. — In der Diskussion meldete sich ein anwesender „Schütze“ zum Wort, um das Schützen-System gegen die Vorwürfe zu verteidigen. Es gelang ihm dies aber verflucht schlecht, so daß er zuletzt mit persönlichen Bemerkungen über den Referenten herzufallen sich erlaubte. Der Referent gab ihm jedoch im Schlusswort die gebührende Antwort, indem er einige Nachforschungen von Schützen anführte, die er am eigenen Leibe wahrnehmen mußte. — Das geradezu erschöpfende Referat hätte eine besser besuchte Versammlung verdient. Aber leider scheint es den Arbeitern Mühlhausens noch viel zu gut zu gehen. — Metallarbeiter Mühlhausens! Wollt ihr eigentlich noch lange in solchen erbärmlichen Zuständen leben, wie sie in dieser Versammlung angeführt wurden? Wollt ihr, daß man euch den Strotz noch höher hängt, als es schon so der Fall ist? Unter keinen Umständen dürft ihr euch dieser Willkürherrschaft länger gefallen lassen. Wacht auf und tretet ein in den Kampf, gegen das brutale Unternehmertum. Ein jeder von euch, der noch nicht den letzten Funken Selbständigkeit verloren hat, trete in unsere Reihen und erlösche nicht ein menschenwürdiges Koss. Lange genug hat man eure Geduld auf die Probe gestellt, aber jetzt sei die Parole: Wacht auf und nicht weiter! Tretet Man für Mann ein in den Deutschen Metallarbeiterverband. Die starke Organisation ist allein imstande, euch vor völliger Verjüngung zu bewahren und eure Interessen zu vertreten. Darum bleibe keiner abseits und lasse sich länger als geduldiges Lamm behandeln. Wir alle sind es unsern Kindern und unsern Nachkommen schuldig, bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen, und dies ist nur zu erreichen, wenn wir vereint vorgehen. Es wird Zeit, daß auch über Mühlhausen das Morgenrot der Freiheit aufsteige und das schöne Sprichwort sich bewahrheitet: Der Mensch lebt nicht um zu arbeiten, sondern der Mensch arbeitet um zu leben.

Ren-Muppia. Am 10. März stellten die Schlosser und Dreher der Ren-Muppiaer Fahrradfabrik von Bartel & Haupt wegen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeit ein. Der Lohn beträgt 11 bis 24 Mk. pro Woche für Arbeiter, die schon jahrelang dort beschäftigt sind. Da die Verhältnisse immer schlechter wurden, haben sich die Kollegen veranlaßt, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten, um hierdurch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken. Da die Firma mit dem Vertreter des Verbandes nicht unterhandeln wollte, wurde eine Kommission vorstellig, die einen Lauf vorlegte, worin in erster Linie bessere Behandlung durch den Meister Glosner verlangt wurde. Ansdrücke wie Kindvieh und Hornaffe sind bei diesem Herrn an der Tagesordnung. Auch geniert es ihn nicht, Lehrlinge mit den Spüßen zu stoßen. Ferner fordern die Kollegen einen Mindestlohn von 27 1/2 Pf. für Ausgelernte im ersten Jahre nach der Lehre, für alle andern gelernten Arbeiter von 30 Pf. und für die, die 30 Pf. und darüber erhalten, einen Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde. Die Firma verhielt sich dazu ablehnend, deshalb die Arbeitseinstellung. Einer der Organisierten, der frühere Labararbeiter H. Gabel, der als Hauptmann beschäftigt ist, blieb als Arbeitswilliger im Betrieb. Zu diesem Antriebs haben sich noch einige andere Kräfte hinzugesellt, die von der Firma freigegeben (vom letzten Formzeit her sehr bekannt) gestellt wurden. Unter diesen Arbeitswilligen ist ein Dreher Scholz, Mitglied des Gewerksvereins, der im Sommer als Dachdecker und in der Landwirtschaft tätig ist. — Da die Konjunktur eine sehr gute ist und die Firma mit diesen Arbeitswilligen nichts leisten kann, hoffen wir, daß der Streit bald beigelegt sein wird. Wir ersuchen den Zugang von Kollegen der Fahrradbranche nach Ren-Muppia fernzuhalten.

Sangerhausen. Die Zustände im Verbandsamt sind nach genau so mißlich wie vor dem Ausbruch der Differenzen am 16. Januar. Zwar wurde mit unserem Sanleiter Hof-Magdeburg und Herrn Hartmann vom Gewerksverein in Betreff der Wochelöhne eine Vereinbarung mit der Direktion getroffen, doch schon wieder wurde Abhilfe gemacht. Die Zugabe für 5 Minuten Zusatzformende wurde gestrichen. Betreffs Vorrichtung für Waschgelegenheit, Aufbewahrung der Kleider ist bis jetzt nicht das mindeste geschehen. Zugleich wurde angeordnet, daß in der Schlosserei vier Arbeiter beschäftigt werden mit der Motivierung: „Wegen Arbeitsmangel“. Das schließt sich die Abordliste in Händen des Vermeisters Kramke befindet, der zwar nach seinem Gutdünken Abzüge macht. In einer Versammlung des Gewerksvereins wurde nun beschlossen, daß innerhalb drei Tagen die Abordliste öffentlich auszuhängen sei. Auch die Arbeiterkommission sollte bei dem Herrn Direktor vorstellig werden wegen der neuen Abordzüge. Da ließ der frühere Meister Herr Schröder sein Licht leuchten und sagte im Beisein seiner Gewerksvereinsmitglieder: „Für solches Geld kommt ihr die Arbeit schon machen.“ Man, man kennt ja die Meister, die an der Spitze des Gewerksvereins stehen, zur Genüge. Wir ersuchen alle Kollegen, den Zugang fernzuhalten.

Solingen. Die Firma Buscher und ihr Werkmeister Dold haben geglaubt, die in der Metallarbeiter Zeitung gebrachten Mitteilungen der richtigen zu mißfassen, so weit sie auf die Verhältnisse in diesem Betrieb ein ungünstiges Licht werfen. Diese Berichtigung war inzwischen Gegenstand der Kontroverse zwischen unserer Geschäftsleitung und dem Firmeneinhaber und Werkmeister Dold, wobei sich die Dinge jedoch wesentlich anders zeigten als in der „Berichtigung“. Namentlich Herr Dold wurde unverblümt klarer Wein darüber eingeschüttet, wie in Wirklichkeit die Verhältnisse sind und sein müßten. Dabei wurde, genau wie beim ersten Male, als eine Kommission dort vorstellig wurde, es ängstlich vermieden, die einzelnen in Betracht kommenden Leute einander gegenüberzustellen. Da die Firma nun bei dieser Unterbrechung erklärte, einen Konflikt mit den Arbeitern nicht haben zu wollen und auch sonst einigermassen entgegenkommen zeigte, so wollen auch wir nicht den Streit verschärfen und hier der Berichtigung nur gegenüberstellen: 1. Daß eine Verbeugung der Arbeiter von irgendwelcher Seite nicht stattgefunden hat, auch gar nicht stattfinden kann, da die hiesige Geschäftsleitung des Verbandes mit solchen Motiven sehr bald mit den Arbeitern selbst in Konflikt geraten würde. Der von der Firma als Heger und Aufwiegler bezeichnete hat den Platz freiwillig geräumt, um sich aus diesem Spiel zu halten, und er hat an der augenblicklichen Gährung keinen Anteil, es sei denn, daß die Zugehörigkeit zum Verband als Hegerie aufgefaßt würde. 2. Die Lebensführung und der Lebensunterhalt einzelner Kollegen kommt für uns und so weniger in Betracht, als es sich bei unserer Stellungnahme wesentlich um mehr handelt, nämlich um das Wohlergehen der Gesamtheit der Arbeiter und eine auskömmliche Entlohnung für alle Arbeiter. 3. Diese Entlohnung kann um so weniger im Durchschnitt als eine zufriedenstellende bezeichnet werden, als Herr Buscher sowie Herr Dold selbst zugegeben haben, daß infolge Mangel von Material und wegen Mangel an Räumlichkeiten die Arbeit unter so ungünstigen Bedingungen hergestellt werden muß, wie das anderwärts kaum der Fall sein dürfte. Es wurde unwiderprochen gelassen, daß unerseits darauf hingewiesen wurde, daß in der gleichen Branche bei anderen Firmen sogar die Arbeiterinnen soviel verdienen wie bei Buscher die männlichen. 4. Wird unter Beweis gestellt, daß der Meister selbst Leute aufgefördert hat, mit ihm und in seiner Wohnung sogar Heimarbeit zu leisten. Fleiß und Fertigkeit spielen hierbei nur insofern eine Rolle, als eben verschiedenartige Preise in Anrechnung gebracht wurden, und das unter einer Motivierung, die höchst unglücklich für die Behauptung des Herrn Dold ist. 5. Sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht seit Jahren dieselben geblieben, da zum Beispiel die Zusammenstellung der Glocken, die heute Heimarbeit von Frauen geworden sind (wobei Männer, die bei der Metallfirma Henfels beschäftigt sind, in ihren freien Stunden noch mitarbeiten), im Gegensatz zu früher jetzt etwa mit 2 1/2 bis 3 Pf. bezahlt werden, während es früher 6 bis 13 Pf. gab. Auch das Montieren der Stromschalter ist von 3 auf 2,10 Mk. herabgesetzt worden. 6. Was das Herunterholen der Leute vom Schwarzwald betrifft, so geschah das allerdings auf eine möglichst freundschaftliche Weise, indem immer eine Reihe von Briefen, an Bekannte des Meisters gerichtet, die Einleitung gaben, bis hier und da Wünsche und Gegenwünsche gegenseitig ausgetauscht wurden und der Handel perfekt war. Wie diese Wünsche und Hoffnungen alle erfüllt worden sind, das zeigt der Umstand, daß nur noch zwei der Kollegen vom Schwarzwald übrig geblieben sind. — Zugegeben mag aber auch werden, daß die Arbeiter selbst bis dato wenig Interesse gezeigt hatten, eine Änderung oder Besserung dieser Verhältnisse herbeizuführen, daß die freiwillige Mitnahme von Arbeit nach Hause und deren Fertigstellung, wie das im „Bergischen“ nur zu häufig vorkommt, den Lohn höher erscheinen ließ, als er tatsächlich war, und daß ihre Intimität mit Dold auch manches verschuldet haben mag. Für den Augenblick wollen wir in unserer Gegenüberstellung Maß halten, wenn es jedoch sein muß, die Sachlage ein klein wenig mehr zu erläutern, so stehen wir gern zu Diensten. Im Übrigen verweisen wir vor allen Dingen die Arbeitererschaft dort nach, daß die Beseitigung solcher Mißstände, wie bei Buscher, nicht einer plötzlichen Umwandlung von Radikalismus gelingen wird, sondern nur einer stetigen und sorgfamen organisatorischen Kleinarbeit, die alle Metallarbeiter mit einander solidarisch verbinden wird zu gleichen Zielen und gleichem Streben. W. S.

Hus der Metallindustrie.

Seidel & Naumann in Dresden.

Mit schmerzlichen Gefühlen werden die Aktionäre der bekannten Fahrrad- und Nähmaschinenfabrik den Geschäftsbericht für 1903 gelesen haben. In diesem ist nämlich zu lesen: Das Geschäftsjahr 1903 ist wiederum ein günstiges für unsere Gesellschaft gewesen. Nach Vornahme verschiedener größerer Abschreibungen konnten wir mit einem Reingewinn von 1.251.321 Mk. gegenüber 1.150.332 Mk. im Vorjahr, also mit einem Mehr von 100.989 Mk. abschließen. Unsere Fahrradfabrikation hat sich nicht nur auf der früheren Höhe erhalten, sondern im abgelaufenen Geschäftsjahr sogar um etwa 2000 Stück noch gesteigert. In der Nähmaschinenfabrikation waren wir durchweg gut beschäftigt und haben auch hier eine Mehrproduktion zu verzeichnen. Unsere Ideal-Schreibmaschine hat sich seit ihrem Bestehen überall schnell Bahn gebrochen. Wir erzielten in den verschiedenen Fabrikationszweigen einen Mehrumsatz gegen das Vorjahr von rund 178.300 Mk. In allen Zweigen unserer Fabrikation sind wir auch im neuen Jahre vollaus beschäftigt und der Umfang der vorliegenden Aufträge sowie die günstige Gesamtsituation unseres Unternehmens lassen uns auch für das laufende Jahr auf ein befriedigendes Ergebnis hoffen. Der Bruttogewinn beträgt 1.537.740 Mk. (im Vorjahr 1.411.294 Mk.). Nach Abzug der Abschreibungen auf Gebäudekonto 58.506 Mk., Maschinenkonto 53.430 Mk., Fabrikationskonto 82.470 Mk., Utensilienkonto 417 Mk. und nach Abzug von Verlusten im Konto-Korrentverkehr von 36.710 Mk., im Summa 271.535 Mk. (im Vorjahr 252.378 Mk.), bleibt ein Reingewinn von 1.272.205 Mk.; hiervon gehen statutenmäßig ab: an die Pensions- und Jubiläumstafel für Arbeiter ein Prozent mit 12.513 Mk. (im Vorjahr 11.508 Mk.) und an Vorstand und Aufsichtsrat nach § 30 der Statuten 178.098 Mk. (im Vorjahr 166.624 Mk.). Es wird vorgeschlagen, 540.000 Mk. gleich 18 Prozent Dividende auf 3000 Stück Aktien (im Vorjahr 16 Prozent), 540.000 Mk. gleich 90 Pf. pro Stück auf 6000 Stück Genuschein (im Vorjahr 80 Pf.) zur Verteilung zu bringen und den Rest von 155.602 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen. Der Aufsichtsrat und Vorstand haben beschlossen, von den ihnen zustehenden Entzinsen 33.665 Mk. an die Beamten der Gesellschaft als Gratifikation und zugunsten der Beamtenpensions- und Unterstützungsstaffe zu gewähren.

Die Arbeiter der Aktiengesellschaft können daraus ersehen, daß ihre Anstrengungen im vergangenen Jahre nicht vergeblich gewesen sind und daß sich das Wort der Bibel: „Gott gibt's den Samen im Schleppe“ an den Aktionären hier so herzlich erfüllen hat.

Der Stahlwerkesverband

Im noch langen Verhandlungen am 29. Februar in Düsseldorf zustande gekommen. Nicht daß die Werke über das Ziel des Verbandes — rationellere Schräpfung der Abnehmer — so lange nicht einig werden konnten: der Anteil der Werke, der dem einzelnen Werke zufallen soll, war es, was die Einigung erschwerte. Es stehen jetzt nur zwei der Werke, die von Anfang an für den Verband mit in Aussicht genommen waren, abseits, der Phönix in Saar bei Ruhrort und die Westfälische Stahlwerke in Bochum. Über die innere Organisation des Verbandes wird in „Stahl und Eisen“ folgendes mitgeteilt: „Die Geschäftsführung wird durch einen mehrgliedrigen Vorstand mit kollegialer Verfassung übernommen werden. Ihm zur Seite steht ein ständiger Beirat, der sich aus je acht ordentlichen Mitgliedern und Stellvertretern zusammensetzt. Die ersten sind die Herren: Geheimrat Kommerzienrat A. Kirdorf, Dr. Schmidt, Ang. Luyßen, Lob, Louis Köchling, Rechtsanwalt Meyer, Major, Großberger und die Stellvertreter: Kommerzienrat Saare, Regierungs-

und Raurat Scheibweiler, Kommerzienrat Goede, Regierungs- und Raurat Matthes, Weißdorff, Müller-Neumittchen, Bergassessor A. D. Oswald, Eigenbrodt. Der Beirat, dessen ordentliche Mitglieder auch zugleich den Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft bilden, hat in seiner ersten Sitzung durch Zurück zum Vorstehenden des Verbandes Geheimrat Kommerzienrat Adolf Kirdorf und zu seinem Stellvertreter die Herren Louis Köchling, Fritz Lob und Rechtsanwalt Meyer gewählt. Da die Jahreserzeugung der beteiligten Werke etwas über 7 1/2 Millionen Tonnen Roheisen betragen hat und die Gesamtproduktion aller deutschen Stahlwerke auf 8820000 Tonnen zu veranschlagen ist, umfaßt mithin der Stahlwerkesverband von der deutschen Roheisenerzeugung etwa 88,5 Prozent einschließlich der Werke Phönix und Westfälische Stahlwerke. Ohne diese beiden Werke sinkt der Satz auf 83,5 Prozent. Man erwartet, daß die bisher noch ausstehenden Werke, mit denen zum Teil aus rein praktischen Gründen bisher noch nicht verhandelt werden konnte, sich den allgemeinen Gesichtspunkten, die bei der Gründung maßgebend waren, nicht entziehen und beitreten werden. Weiter wird erwartet, daß auch für weitere Fertigerzeugnisse, besonders auch Stabeisen, baldigst gemeinsame Verkaufseinrichtungen geschaffen werden.“

Über die Leistungsfähigkeit der Werkswerke und ihre Verteilungsziffer veröffentlichte die Kölner Zeitung diese Übersicht:

Table with 4 columns: Werke, Jahreserzeugung (Tonnen), Prozent, Vorgelegene Beileistung (Tonnen, Prozent). Rows include: Aachener Hüttenverein, Eisen- und Stahlwerke Hösch, Gev. D. Kaiser & Luyßen & Co., Gutehoffnungshütte, Förder Verein, Rheinische Stahlwerke, Dortmund Union, Gasper Eisen- und Stahlwerk, Die Webel & Co., Rombacher Hüttenwerk, D. Lpz. Bergw. und Hütten-V.-G., Burbacher Hütte, Gebrüder Köchling, Wülflingen, Gebrüder Stumm, Peiner Hüttenwerk, Loth. Hüttenverein Anneh Friede, Eisenhüttenverein Döbelingen, Dillinger Hüttenwerke, Eisenwerk Krämer, Friedrich Krupp, Bochumer Verein, van der Zypen, Georgs-Mar.-Bergw. u. Hüttenverein, Königs- und Laurahütte, Oberhessisches Friedenshütte.

Der Verband, dessen Dauer bis 30. Juni 1907 festgesetzt wurde, ist schon in Kraft getreten, seine Geschäftsstelle befindet sich in Düsseldorf. Wir werden in nächster Nummer auf diesen Monstre- und die Eisen- und Stahlartelle eingehend zu sprechen kommen.

Rundschau.

Der Reichstag.

(14.—19. März). Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser gelangen, dann ist der Reichstag bereits in die Osterferien gegangen, ohne die Statberatung abgeschlossen zu haben. Da am 1. April das neue Geschäftsjahr des Reichshaushaltes beginnt, so mußte das Parlament, um der Regierung die Fortsetzung der Geschäfte zu ermöglichen, ein Notgesetz votieren und für die Monate April und Mai zwei Zwischfälle der späterhin selbstzufehenden Gesamtsumme des Etats festzusetzen kredenzieren. Die Schuld an dieser in Deutschland bisher nicht üblichen und der Bedeutung des Parlaments abträglichen Methode trägt einzig und allein das Kabinett Bülow, das sich in immer tollerem reaktionären Springen gefüllt und systematisch gegen die Volksvertretung vorgeht: hätte der Kanzler eine rechtzeitige Berufung des Reichstags veranlaßt, dann wäre diesmal, wie früher, der Etat ordnungsmäßig erledigt worden, in der kurzen Spanne Zeit von Mitte Dezember bis Mitte März war das nicht möglich. Selbst wenn die Mitglieder aller Fraktionen sich einer größeren Kürze der Reden befehligen hätten, so bietet doch die immer reichere Gestaltung unseres öffentlichen Lebens gar zu viel Anlaß zu Erörterung im Parlament, als daß sich eine erhebliche Verkürzung der Verhandlungen herbeiführen ließe.

Daß das Kabinett Bülow gegen die Volksvertretung arbeitet, lehrt die von uns bereits erwähnte Notiz des Vormärts, die auf eine mögliche Reichstagsauflösung hinweist. Inzwischen hat der Vorwärts die Indizien beigebracht, auf Grund deren er seinen Alarmruf ausstieß: einer mitteldeutschen Papierfabrik ist der Auftrag auf schnelligste Herstellung des zu etwaigen Neuwahlen nötigen Kuvert-papiers erteilt worden. Jetzt darf man auf die Ausrede der Offizien gespannt sein! (Die Ausrede ist: Man wisse von nichts!)

Die Parlamentsverhandlungen der Woche begannen mit der Antündigung, daß die Befämpfung des Hereroaufstandes in Südwestafrika die Aushebung neuer Truppen notwendig mache. Einen neuen Reichstagskredit, der am Donnerstag den 17. März vorgelegt wurde, verweigerte die sozialdemokratische Fraktion ihre Zustimmung, ebenso den ersten Kredit in dritter Lesung. Abgeordneter Bebel erklärte, daß die Partei die Forderungen ablehne, weil und nachdem sich herausgestellt habe, daß es sich um einen Verzweigungskampf der durch gewissenlose weiße Ausbeuter zum Aufreihen getriebenen Eingeborenen handele. Daß die eigenhändige Vertretung von Sonderinteressen nicht nur in Afrika zu Ungeheuerlichkeiten führt, lehrt ein parlamentarischer Vorgang, der mit dem Hereroaufstand sonst nichts zu schaffen hat, nämlich die Kassierung der Wahl des Abgeordneten Buchwald für Altenburg. Das Mandat ist für ungültig erklärt worden, weil der Gegenkandidat Buchwalds, ein Agrarier namens von Blöda, von dem früheren altenburgischen Minister von Hellborn lange vor der Wahl als ungeeignet zur kräftigen Bekämpfung der Sozialdemokratie bezeichnet worden war. Das soll nun eine Wahlbeeinflussung gewesen sein! Die Ungeheuerlichkeit dieses Verfahrens wurde von dem Abgeordneten Fischer-Berlin mit zwingender Logik und nicht zu überbietender Schärfe gekennzeichnet; aber allen Vernunftgründen und jedem Appell an die einfachste Menschlichkeit unzugänglich, stimmte die Mehrheit den Sozialdemokraten aus dem Hause hinaus. Auf halbtes Wiebersehen!

Die Beratung des Militäretats und des ihm folgenden Marine-etats gab Veranlassung zur Aufstellung zahlreicher Einzelfragen; hervorzuheben wollen wir nur eine scharfe Kritik der staatlichen Arbeitsverhältnisse in den Militärverwaltungen durch Zubeil, auf den Kruppischen Werken durch Gué.

Wichtigster noch als die Benutzungen waren die Verhandlungen in der Budgetkommission. Dort drehten sich die Debatten zwei Tage lang um die geplante Reichsfinanzreform, die der Schatzsekretär v. Stengel in langen Ausführungen zu begründen versuchte. Man sagt, dem Zentrum sei der Unfall zugunsten dieses Gesetzentwurfs durch die Auflösung des 2. des Reichstages abgekauft worden. Jedenfalls wird die ausschlaggebende Partei nach einigen Modifikationen den Plänen v. Stengels zustimmen. Aus dessen Erklärungen seien zwei Stellen hervorgehoben: „In der neueren Zeit begegne man öfter der Auffassung, die Einzelstaaten müßten durch ungedeckte Materialbeiträge für die Einführung direkter Reichsteuern mitbewirkt werden. Daran sei gar nicht zu denken.“ Der Reichsschatzsekretär verwahrte sich zwar dagegen, neue Steuerpläne in der Tiefe seines Busens zu bergen, gab dann aber eine Erklärung ab, die nicht scharf genug hervorgehoben werden kann, indem er mit runden und netten Worten sagte, daß an eine Durchführung der lex Trinborn ohne neue Steuern allerdings nicht zu denken sei, denn die Aufwendungen von ungefähr 50 Mill. Mark

mürden in den Reichsfinanzen eine Stütze schaffen, die natürlich der Reichstag ausfüllen müsse." Das bedeutet: die vom Zentrum zur Verzögerung und Einfristung der Arbeiter beim Zollwuchergeres angeforderte Witwen- und Waisenversorgung soll nur dann eingeführt werden, wenn die Proletarier die dazu notwendigen Mittel durch neue indirekte Steuern, als welche Bier- und Tabaksteuer zu nennen sind, aufgebracht werden. Das ist die Sozialpolitik des allernächsten Kurzes! So wird das wichtigste Problem der Abwehrung staatlichen Schutzes auf die Allerbedürftigsten behandelt! Wie recht hatte der verstorbene Generalpostmeister v. Stephan, als er einmal sagte: "Wenn ich nur das Wort Finanzreform höre, dann weiß ich schon, was es bedeutet — neue Steuern." Nur hätte er noch hinzufügen müssen: vom Schwelge der Armen!

Die Kühnemänner vor dem Reichsgericht.

Eine für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft äußerst wichtige Entscheidung traf der sechste Zivilsenat des Reichsgerichts in einer Klage gegen den Berliner Metallindustriellenverband in Berlin.

Der Gießpöcher St. in Berlin war anfangs des Jahres 1901 wegen Agitierens für die Berliner Metallarbeiter-Gewerkschaft von der Firma Eisengießerei-Mittellgesellschaft vormals Keyling & Thomas entlassen worden. Nachdem er längere Zeit ausgesperrt war, erhielt St. durch Vermittlung des Arbeitsnachweises der Metallindustriellen bei der Firma Gebr. Arndt wieder Arbeit. Als seine früheren Arbeitgeber dies erfuhren, stellten sie beim Vorstand der Metallindustriellen den Antrag auf Aussperrung St.s von der Arbeit. Nach kaum fünfjähriger Arbeit wurde St. bei Arndt ohne Angabe von Gründen entlassen, und als er sich an das Bureau der Metallindustriellen wandte, wurde ihm bedeutet, daß er überhaupt keine Arbeit mehr erhalte.

St., der verheiratet ist und für eine große Familie zu sorgen hat, war nun gezwungen, sich in einem andern Beruf Arbeit zu suchen, wo er aber bedeutend weniger verdiente. Er klagte nun gegen Keyling, der wieder Vorwärtender der Vertrauenskommission der Metallindustriellen ist, wegen Verurteilung einer Schadensersatzklage von 800 Mark an, und bezog sich dabei auch auf den § 226 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Verstoß gegen die guten Sitten). Von der 19. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin wurde St. am 15. Oktober 1901 mit seiner Klage abgewiesen. In seiner Begründung war das Gericht dem Einwand des Beklagten beigetreten, daß sich ein Arbeiter, der agitiert, zur Beschäftigung in Fabriken nicht eigne. Auch der 9. Zivilsenat des Kammergerichtes, an das St. Berufung eingelegt hatte, bestätigte im Mai 1903 das erstinstanzliche Urteil und trat der Begründung mit allerlei Bemerkungen über.

In der Verhandlung vor dem Reichsgericht führte der Justizrat Haber als Vertreter des Klägers aus, daß die dauernde Aussperrung von der Arbeit eine so harte Maßregel sei, die sich durch nichts rechtfertigen lasse. Daß St. Schaden erlitten habe, sei als selbstgefällig anzunehmen. Auch der Einwand Keylings, daß ja nicht er, sondern die Kommission die Aussperrung beschlossen habe, sei hinfällig, da der Beschluß ja erst eine Folge des kl. Antags gewesen sei. Ebenso hinfällig sei der weitere Einwand, daß in Berlin noch fünf dem Verband nicht angeschlossene Firmen waren, wo St. Arbeit suchen und erhalten konnte; denn das habe der Kläger gar nicht wissen und diese auch nicht kennen können.

Der höchste Gerichtshof traf nun in der Sache folgende Entscheidung: "Das Urteil des 9. Zivilsenats des Kammergerichtes in Berlin wird aufgehoben und in der Sache selbst auf die Berufung des Klägers das Urteil der 19. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin vom 15. Oktober dahin abgeändert, daß der Klageanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt wird. Die Sache wird zur weiteren Verhandlung an das Landgericht zurückverwiesen."

Damit ist der infamens Ausperrungspolitik der Kühnemänner ein Niesel vorgeschoben worden. Die Herrschaften werden sich ihre Verurteilungen in Zukunft vorher etwas überlegen. Für die Arbeiter aber ist damit ein Weg gegeben, wenigstens den kraßesten Fällen von Ausperrung gegenüber rechtlichen Schutz anzurufen.

"Ideale" der Arbeitgeberzeitung.

Die Arbeitgeberzeitung, die bekanntlich einen scharfmacherischen Einzelbau nach dem anderen schlägt und reichlich oft die Rolle eines unwilligen Clowns im Klassenkampf spielt, leistet sich in ihrer Nr. 11 folgenden hezberwegenden Erguß:

Wir werfen die Frage auf: Wo drängt sich die Sozialdemokratie nicht ein? Was begeißert und vernebelt sie uns nicht? Welches Ideal läßt sie uns noch? Einige wenige Beispiele für viele. Vom 7. bis 9. März hat in Berlin ein sogenannter Allgemeiner Heimarbeiterskongress stattgefunden. Gewiß ist die Heimarbeit eine rückständige Produktionsform, die an den Arbeiter große Anforderungen stellt, ohne ihm eine entsprechende Entlohnung zu bieten. Verbesserungen gerade auf diesem Gebiet sind schwierig durchzuführen, weil der in Schöpf der Familie sich abspielenden Heimarbeit mit Gesetzen und politischen Vorschriften kaum beizukommen ist. Die Sozialdemokratie aber hat aus dem Heimarbeiterskongress eine widerliche Farce, eine Demonstration ad majorem revolutionis gloriam gemacht. Ein weiteres Beispiel: Am 8. März hielt die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ihre diesjährige Mitgliederversammlung in Berlin ab. Nun wird man so leicht nicht einsehen, was die geschlechtliche Unkeuschheit, eine rein medizinische Frage, mit der Politik, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und dem Umsturz zu tun hat. Nichtsdestoweniger wurde diese Frage an den Saaren in die Debatte gezogen.

Es ist aber auch wirklich empörend. So fällt ein "Ideal" der Arbeitgeberzeitung nach dem anderen. Sogar die Heimarbeit und die geschlechtliche Unkeuschheit werden und begeißert ihr diese Sozialdemokratie! Allerdings merkwürdige Ideale! Aber ein Ideal bleibt der Arbeitgeberzeitung ja immer noch und das wird sie sicher trösten: Die Verunglimpfung jeder Bestrebung zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und die Verbreitung von Lügen über die Arbeiterbewegung, welche eben Handwek sie wohl in Zukunft mit dem gleichen Eifer wie bisher obliegen wird.

Der Verbandstag deutscher Klempnerinnungen

findet vom 29. bis 31. Mai in Berlin statt. Aus der Tagesordnung, die nicht weniger als zehn Punkte umfasst, ist zu ersehen, daß der Titel des Verbandes in Zukunft lauten soll: Verband Deutscher Klempner- und Installateurinnungen sowie verwandter Gewerbe. Weiter ist geplant, die Gründung einer Unterstützungskasse von Klempnermeistern Deutschlands bei Streiks und Werkstattpflichten, die Gründung einer Unfallberufsgenossenschaft für Klempner und Installateure, Einführung von Arbeitsbüchern für alle innerhalb des Verbandes beschäftigten Klempnergefellu.

Der Geist der Scharfmacher geht also bei den Leitern des Klempnerinnungs-Verbandes schon ganz bedenklich um. Mögen sich die Gehilfen beizeiten rufen, indem sie sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen.

Der Deutsche Werkmeister-Verband

(Sitz Düsseldorf) ist eine Unterstüßungsorganisation. Er zählte am Schlusse des Jahres 1903 rund 12000 Mitglieder, die sich aus dem Bergbau und allen Industriezweigen rekrutieren. Für Sterbefälle wurden in dem gleichen Jahre 524000 Mk. zur Auszahlung gebracht, während 4300 Witwen mit 170000 Mk., bedürftige, kranke und krankenlose

Mitglieder mit 135000 Mk. unterstützt wurden. Der Brandversicherungsverein, den der Verband für seine Mitglieder ins Leben rufen will, liegt der Aufsichtsbekörde zur Genehmigung vor, ebenso eine Pensionskasse. An Vermögenswerten verfügt der Verband zurzeit über 5 Mill. Mk., während er seit seinem Bestehen (1884) insgesamt 8 Mill. Mk. an Sterbegeldern und Unterstützungen zur Auszahlung brachte.

Der Geschäftsbericht des Berliner Gewerkschaftshauses

für das Jahr 1903 zeigt einen günstigeren Abschluß als die vorhergehenden. In den Krisenjahre 1901 und 1902 waren Verluste von je etwa 10000 Mk. gebucht worden — in dem Sinne, daß die erzielten Überschüsse nicht zu den geschäftsmäßigen Abschreibungen ausreichten. Auch in diesem Jahre ist bei einem Etat von über 80000 Mk. je in Einnahme und Ausgabe und Abschreibungen im Betrag von mehr als 130000 Mk. noch ein Verlust von rund 2000 Mk. gebucht, doch lassen die Betriebsergebnisse weitere Fortschritte hoffen. Der durchschnittliche monatliche Bierabsatz im Schulkreis-Restaurant und Saalgeschäft hob sich von 237,8 Hektoliter in 1902 auf 258,3 in 1903 und bleibt damit noch erheblich hinter der Zahl 284,7 in 1900 zurück. Den gesteigerten Verkehr in der Herberge beweisen folgende Zahlen. Es reisten im Jahre 1903 insgesamt 15621 Personen zu, gegen 12930 in 1902, dementsprechend wuchs die Zahl der Ueberrachtungen von 56058 auf 61290. Von den Zugereisten waren 11662 organisiert und 3959 unorganisiert. Hervorzuheben wollen wir noch, daß im Restaurant der Herberge ausgegeben wurde: für Lagerbier 5171 Mk., für Weißbier 1086 Mk., für Brauntwein 287 Mk., für Milch 660 Mk.

Immer wieder ist, namentlich an die organisierte Arbeiterschaft, die Aufforderung zu richten, das von den Gewerkschaften geschaffene Unternehmen mit allem Nachdruck zu unterstützen. Die Verbindungen zum Gewerkschaftshaus sind günstige. Von den Bahnhöfen Zimmerviertel, Schleißer Bahnhof, Götter Bahnhof und dem Bahnhof Kottbuscher Tor der Hoch- und Untergundbahn führen elektrische Straßenbahnen bis unmittelbar an das Haus (Saltestelle Adalbertstraße). Neben dieser Haltestelle (A) kommen in Betracht: Haltestellen der Straßenbahn Adalbertstraße Ecke Waldemarstraße (B), Ecke Köpenickerstraße (C), Ecke Oranienstraße (D), Amnenstraße Ecke Bringsstraße (E) und Kottbuscher Tor (F). Man fährt am zweckmäßigsten mit

Linie 1)	bis C oder E	Linie 30	bis A	Linie 83)	bis C
= 2)	= A	= 35)	= 1)	= 84)	= 87)
= 11)	= E	= 36)	= 1)	= 86)	= 88)
= 12)	= D	= 41)	= 1)	= 89)	= 90)
= 13)	= F	= 46)	= F	= 91)	= B
= 22)	= A	= 47)	= F	= 92)	= D
= 27)	= E oder F	= 48)	= B	= 93)	= F
= 28)	= E oder F	= 49)	= A	= 95)	= F
= 29)	= E oder F	= 50)	= A	= 95)	= F

Ein unehrlicher Bevollmächtigter.

Vor der dritten Strafkammer des Landgerichtes Zwickau hatte sich am 23. Februar der Schmied Friedrich Robert Wohlfahrt wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern zu verantworten. Wohlfahrt war seit dem 1. Oktober 1901 Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Meerane. Da Anfang September 1903 die Abrechnung für das zweite Quartal, die am 1. Juli fällig war, noch nicht eingegangen war, beauftragte der Hauptvorstand den Bezirksleiter Haack in Leipzig, bei dem Angeklagten eine Revision vorzunehmen. Haack legte den Wohlfahrt mittels Postkarte in Kenntnis, daß er am 9. September die Revision vornehmen würde. Bei dieser Revision stellte sich heraus, daß ein Betrag von 188 Mk. fehlte. Diesen Betrag hatte Wohlfahrt für Beitragsmarken sowie für verkaufte Protokolle (130 Mk.) rezimiert. Nachdem man nun einen anderen Bevollmächtigten eingesetzt hatte, stellte sich heraus, daß Wohlfahrt im Juni 1903, für welchen doppelte Beiträge erhoben wurden, nur eine Marke geklebt und sich einen Stempel angefertigt hatte, der die Zahl 80 trug. Mit diesem Stempel hatte er die Marken überstempelt und sich die Beiträge dafür bezahlen lassen. Diese Falschung ist an 467 Marken begangen worden, so daß noch ein Schaden von 140,10 Mk. entstand. Insgesamt wurde der Verband um rund 330 Mk. geschädigt.

Zu seiner Verteidigung gab Wohlfahrt an, er wisse nicht, wie der Verlust entstanden sei, jedenfalls hätten seine Kinder die Marken gerissen. Der Vorstünde erwiderte ihm, er habe doch eine Kassetten vom Hauptvorstand erhalten, in welcher die Marken sowie auch das Geld aufbewahrt würden. Wohlfahrt erklärt, er habe die Marken nicht in der Kassetten aufbewahrt, sondern in einer Schublade. Der Vorstünde widerlegte ihm auch das. Zeugen haben des öfteren bemerkt, daß Wohlfahrt die Marken stets aus der Kassetten nahm. Hierauf wurde als Zeuge der Bezirksleiter Haack vernommen. Haack schildert den Sachverhalt wie er hier angeführt ist. Daß die Kinder die Marken nicht zum Spielen gehabt haben, geht daraus hervor, daß diese tadellos neu waren. Ferner habe es sich noch um zwei Posten und zwar um 14 Mk. und 20 Mk. gehandelt, welche Beträge von zwei Mitgliedern geliehen worden seien; diese Beträge hat Wohlfahrt nachträglich eingezahlt. Haack nimmt an, daß die Unterschlagung schon vom Oktober 1901 datiert. Der Angeklagte vermochte der Aussage des Zeugen nicht zu widersprechen. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten hierauf zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten sowie zur Tragung der Kosten. Wegen seiner bisherigen Unbescholtenheit war auf eine höhere Strafe nicht erkannt worden.

Christliches.

Aus Saarbrücken wird geschrieben: Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands fordert die Hauptvorstände der verschiedenen Verbände auf, die Adressen ihrer Einzelmitglieder im Saarrevier, Lothringen und dem Kreis Trier an die Zentralkommission in Metz einzusenden. Es soll eine planmäßige Agitation eingeleitet werden. Ferner gibt das Blatt bekannt, daß die Generalkommission unter Beihilfe der verschiedenen Verbände in nächster Zeit in Saarbrücken ein Gewerkschaftssekretariat errichten wird. Es ist aufs freudigste zu begrüßen, daß nun endlich systematisch daran gegangen werden soll, auch den Lohnknechten des Königreichs Stumm Licht und Befreiung zu bringen. Die skandalösen Zustände im Saargebiet sind so weltberühmt, daß über die große Bedeutung des von der Generalkommission eingeleiteten Unternehmens kein Wort weiter gesagt zu werden braucht. Kann aber ist dieser Plan bekannt geworden, da werden auch die „christlichen“ Arbeitersplitterer munter. Wenn es nach den Führern der christlichen Gewerkschaften ginge, könnten die Arbeiter in Hunger und Elend verkommen — sie würden keinen ihrer „christlichen“ Jünger rühren. Sobald es aber den freien Gewerkschaften gelingt, nach harter Mühe endlich in rücksichtlosen Gegenden Eingang zu finden, sofort sind auch die christlichen Quertreiber da, um die Geschäfte des Zentrums zu besorgen. Die kölnische Volkszeitung bringt aus Saarbrücken zu der Angelegenheit einen Artikel, worin angeführt des Vorgehens der Generalkommission zur Einführung der christlichen Gewerkschaften aufgefodert wird. Nachdem der Artikelshreiber den Plan der Generalkommission als sozialdemokratische Vorarbeit verurteilt hat, schreibt er: „Da die Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Bezirken viel zu wünschigen übrig lassen, wird die Agitation bei vielen Arbeitern auf günstigen Boden fallen, zumal die sozialdemokratische Tendenz der freien Gewerkschaft für den Anfang wohlweislich möglichst geheim gehalten und die wirtschaftlichen Interessen ganz in den Vordergrund geschoben werden. Es gilt daher, den Arbeitern zu zeigen, daß sie ihre wirtschaftlichen Interessen wirksam vertreten können, ohne sich vor den sozialdemokratischen Karren spannen zu lassen. Die christlichen Gewerkschaften werden daher diesem Gebiet eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden haben, besonders die in Betracht kommenden Berufe Berg-, Metall-, Holzarbeiter und Maurer. Auch würde es für den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine dankenswerte Aufgabe sein, unter Mitwirkung der verschiedenen Verbände, besonders des christlichen Bergarbeiter-Verbandes, da Bergarbeiter

in erster Linie hier in Betracht kommen, ein Sekretariat zu errichten. Der Erfolg würde jedenfalls nicht ausbleiben, da die hiesigen Arbeiter zum weitaus größten Teil auf christlichem Boden stehen. In Saarbrücken und Umgebung hat in letzter Zeit der sozialdemokratische Maurerverband bereits nicht unerhebliche Fortschritte gemacht."

Wahrhaftig, die Galle steigt einem ins Blut angefaßt des Treibens dieser christlichen Arbeitervererber. Nun, wo die freien Gewerkschaften den Arbeitern des Saargebietes den Segen der Organisation bringen wollen, kommen diese Burschen und erkennen auf einmal, daß auch sie dem Saargebiet eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Wo wäre es wohl nötiger als an der Saar, daß dem Unternehmertum die Arbeiter als einige und geschlossene Macht gegenüberstehen? Kann aber ist der erste Schritt dazu getan, und schon sind die den Namen „christlich“ beschimpfenden Zersplitterer da, um Zwietracht unter die Arbeiter zu bringen. Dies Treiben ist geradezu Arbeiterverrat.

Eine Arbeitszeit von 50 Stunden pro Woche

ist in den Österreichischen Siemens-Schuckertwerken eingeführt worden, nachdem die Vertrauensmänner der Generaldirektion am 27. Februar ein Memorandum mit folgenden Wünschen überreicht hatten:

1. Festsetzung der Arbeitswoche auf 50 Arbeitsstunden mit dementsprechender Lohnregulierung, und zwar so, daß an den ersten fünf Werktagen die tägliche Arbeitszeit mit neun und an Samstagtagen mit fünf Stunden bemessen wird. Der Beginn der Arbeitszeit wäre ausnahmslos, ob Sommer oder Winter, für 7 Uhr früh, die Beendigung für die ersten fünf Tage für 5 Uhr abends und an Samstagtagen um 12 Uhr mittags zu bestimmen.
2. Einführung einer einheitlichen Arbeitsordnung, die im Einvernehmen mit den delegierten Vertrauensmännern der Arbeiterschaft in mehreren Punkten geregelt werden soll.
3. Festsetzung der Preise für neue Maschinen- und Apparattypen im Einvernehmen mit den Vertrauensmännern.

Kundmachung.

Die in der Eingabe der Arbeiterschaft vom 27. Februar d. J. vorgebrachten Wünsche finden folgende Erledigung:

Ad 1. Vom 2. März an beträgt die Arbeitszeit 50 Stunden in der Woche. Die Arbeit beginnt bis auf weiteres Punkt 7 Uhr früh und endet Punkt 5 Uhr abends, an Samstagtagen Punkt 12 Uhr mittags. Neun Stunden täglich gelten als normal; jede weitere Stunde wird um 25 Prozent höher bezahlt und zwar auch für Prämienarbeiter. An Samstagtagen wird schon die sechste Stunde als Überstunde gerechnet. Die Stundenlöhne aller Arbeiter werden um 7 Prozent erhöht. Es wird hierbei nur mit ganzen Hellern gerechnet. Über fünf Zehntel Heller werden nach oben abgerundet.

Der erste freie Samstagnachmittag ist am 5. März. Die Lohnerhöhung gilt vom 2. März an und wird nachbezahlt, weil die Verrechnung noch nicht fertig sein kann.

Zu Michaeli und am Festtagsdienstag wird in Zukunft gearbeitet.

Ad 2. In allen Betrieben wird die Arbeitsordnung der ehemaligen Österreichischen Schuckertwerke eingeführt.

Neu aufgenommen werden in dieselbe folgende Bestimmungen:

- a) Jeder Arbeiter, der am 1. März 1904 mindestens zehn Jahre ohne eigenmächtige oder wegen Entlassung erfolgte Unterbrechung im Unternehmen beschäftigt war, erhält im Sommer eines jeden Jahres einwöchentlichen Urlaub mit Bezug des doppelten Stundenlohnes für diese Zeit.
- b) Statt des Akkordsystems wird das Prämienystem eingeführt.
- c) Statt der Markenkontrolle wird die Kartenkontrolle eingeführt.
- d) Aus der Mitte der Arbeiterschaft werden Sachverständige gewählt, welche bei der Bemessung der vorzuzureichenden Stundenzahl für neue Prämienarbeiten zu gezogen werden. Die Wahl bedarf der Bestätigung der Direktion. Näheres wird später noch bekannt gegeben.

Ad 4. Der Prämienfuß der Werkzeugmacher wird von 20 auf 30 Prozent erhöht.

Österreichische Siemens-Schuckertwerke.

Der Direktor: Neureuther. Betriebsleitung: Schüler.

Auch die Arbeiter der Nürnbergger Siemens-Schuckertwerke waren, wie wir der fränkischen Tagespost entnehmen, am 14. März zahlreich versammelt zu dem Zwecke, die Firma zu ersuchen, an Stelle des jetzt bestellenden Zehnjährigen den Neunmündigen in ihrem Nürnbergger Werk einzuführen, nachdem Herr Direktor Diemann bereits im August v. J. erklärt hatte, der Einführung der verkürzten Arbeitszeit sympatisch gegenüber zu stehen. Er ver sprach, dieser Frage näher zu treten, wenn die Verlegung des hiesigen Apparatenbaues nach Berlin und des Maschinenbaues nach Nürnberg erfolgt sei. Da dies nun vollzogen ist, glaubte der Arbeiterausschuß den gegenwärtigen Augenblick geeignet, diese Frage weiter anzugehen. In einem gedrängten Referat wurden den Arbeitern die Vorteile der verkürzten Arbeitszeit vorgeführt und vor allem gezeigt, um wie viel günstiger Arbeitszeit und Arbeitslohn in den Siemens-Schuckertwerken Berlin und Wien sind. Sollte die Firma das Gesuch trotz aller guten Erfahrungen mit der verkürzten Arbeitszeit ablehnen, so bliebe den Arbeitern nichts anderes übrig, als sich zu organisieren wie die Wiener Kollegen. Einstimmig erklärte die Versammlung ihr Einverständnis mit der nach dem Referat verlesenen Eingabe.

Die Organisation ist unter allen Umständen notwendig und möglich. Wenn sich die Arbeiter der Schuckertwerke schon früher dieser Notwendigkeit bewußt gewesen und sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen hätten, würden ihre Arbeitsverhältnisse jetzt bereits bessere sein. Was bisher verjährt wurde, kann und muß nachgeholt werden.

Mitteilung der Expedition.

Das immerwährend verspätete Eintreffen der Zeitungsbestellungen veranlaßt uns, wiederholt darauf hinzuweisen, daß Bestellungen auf Zeitungen spätestens am Dienstag in unseren Händen sein müssen. Später eintreffende Bestellungen können für die betreffende Woche nicht mehr berücksichtigt werden. Abgesehen von dem durch Nachlieferungen entstehenden Mehrporto muß doch auch die nötige Anzahl der Exemplare rechtzeitig bei der Druckerei bestellt werden können.

Mitteilungen des Verlags.

Offerten unter Chiffre sind nicht an die Expedition, sondern an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu adressieren, und ist auf dem Couvert stets die Chiffre deutlich aufzuschreiben.

Inhalt von Nr. 13.

Die gewerbliche Berufsbildung und das private Lehrlingswesen. — Produktionssteigerung und Verhängnis des Arbeiterflannes. — Zentrum und Koalitionsrecht. — Reichsgewerkschaftsbericht der Generalkommission vom 1. Juni 1902 bis 31. Dezbr. 1903. — Gisch-Dundermana. — Aus den einzelnen Branchen: Erklärung des Tarifamtes der Metallschlagger Fürths. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Kundmachung. — Korrespondenzen. — Aus der Metallindustrie: Seidel & Naumann in Dresden. Der Stahlvererberverband. — Kundschau: Der Reichstag. Die Kühnemänner vor dem Reichsgericht. „Ideale“ der Arbeitgeberzeitung. Der Verbandstag deutscher Klempnerinnungen. Der Deutsche Werkmeister-Verband. Der Geschäftsbericht des Berliner Gewerkschaftshauses. Ein unehrlicher Bevollmächtigter. Christliches. Eine Arbeitszeit von 50 Stunden pro Woche.

